

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Wochentage Die Neue Welt): Richard Klitzsch, Magdeburg. Verantwortliche Redakteur: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhart Garbau, Magdeburg. Druck von Franz 2 Bl., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2 Bl., monatlich 2 Bl. 25 Pf. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags- und Feiertagsnummern 10 Pf. — Inzerationsgebühren die selbige Preiskategorie 15 Pf. Post-Zustellgebühr Nr. 8182

Nr. 132.

Magdeburg, Mittwoch den 10. Juni 1903.

14. Jahrgang.

Die Jahresberichte der Fabrik-Inspektoren.

Die Jahresberichte der königlich preussischen Regierungs- und Gewerbebehörden für 1902*) sind soeben erschienen. Natürlich werden wir uns noch häufig mit den Berichten der Fabrikinspektoren zu befassen haben. So lange der Wahlkampf unsere ganze Kraft und das gesamte öffentliche Interesse in erster Reihe in Anspruch nimmt, halten wir es für angemessen, uns auf einige allgemeine Bemerkungen zu beschränken.

Vor allem muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Zahl der Fabrikinspektoren eine durchaus unzulängliche ist. Im Berichtsjahre waren 27 Regierungs- und Gewerbebehörden mit Einschluß eines kommissarischen Regierungs- und Gewerbebehörden, 1 kommissarischer Gewerbebehörden (Sigmaringen), 4 gewerbe-technische Hilfsarbeiter von Regierungs- und Gewerbebehörden, 118 Gewerbeinspektoren, 78 Assistenten und 4 Assistentinnen vorhanden. Daß diese Beamten nicht ausreichen, steht fest, denn die Zahl der den Fabrikinspektoren unterstellten Betriebe beträgt 98 998 mit 2 396 941 Arbeitskräften. Wenn wir nicht einmal nur die Gewerbeinspektoren rechnen, sondern die gesamten Beamten der Organisation des Gewerbeaufsichtsdienstes summieren, so ergibt sich eine Zahl von 232 Beamten, zu denen am 1. April 1903 noch 4 Beamte hinzu gekommen sind. Rechnen wir unbekümmert um eine etwaige Vermehrung der Betriebe und der Beschäftigten sogar diese vier neu eingestellten Arbeitskräfte noch hinzu, so ergibt sich, daß auf rund 419 Betriebe und 10 157 Arbeiter ein Aufsichtsbeamter kommt. Zumal den Herren auch noch die Kesselrevision aufgebürdet ist, steht fest, daß eine ausreichende Beaufsichtigung der Betriebe unmöglich ist. Wir finden denn auch, daß nur 46 297 Betriebe mit 1 897 417 Arbeitskräften, also noch nicht annähernd die Hälfte der Betriebe (!) revidiert worden ist. Kein Wunder, daß noch immer zahlreiche Unternehmer wagen können, sich gewohnheits- und gewerbsmäßig gegen die Arbeiterchutzgesetze zu vergehen! In der Nacht wurden nur 2343 und an Sonn- und Festtagen 2702 Revisionen vorgenommen — geradezu ein Anreiz für die Arbeitgeber, die Sonntags- und Nachtrahbestimmungen außer acht zu lassen. — An Unfalluntersuchungen fanden 16 966 statt.

So erfreulich es ist, daß man mit der Anstellung von 4 Assistentinnen den Anfang gemacht hat, so bedauerlich ist, daß man nichts davon hört, daß der erfolgreiche Versuch dazu Anlaß gegeben hat, eine ausreichende Zahl weibliche Aufsichtsbeamte anzustellen, zu denen die Arbeiterinnen sicher mehr Vertrauen haben würden, wie zu den männlichen Beamten.

Infolge einer im Reichstage auf Anlaß des abgelehnten Antrags unserer Genossen auf Durchführung des Achtfundentags für die Arbeiterinnen angenommenen Resolution waren die Gewerbeaufsichtsbeamten und Bergbehörden u. a. mit besonderen Erhebungen über die Dauer der täglichen Arbeitszeit der in Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen beschäftigten Arbeiterinnen über 16 Jahre und über die Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit einer weiteren Herabsetzung der gegenwärtig zugelassenen elfstündigen, in Ausnahmefällen sogar noch längeren Arbeitszeit beauftragt. Wie der Bericht mitteilt, werden über die Frage demnächst Sonderberichte erscheinen, auf deren Inhalt man sehr gespannt sein kann.

Sehr auffallend ist, daß die Aufsichtsbeamten in 6298 Anlagen Zuwiderhandlungen gegen Arbeiterschutzbestimmungen für jugendliche Arbeiter ermittelt haben und daß doch bisher nur 761 Personen wegen dieser Zuwiderhandlungen bestraft worden sind, daß Zuwiderhandlungen gegen die im Interesse der Arbeiterinnen erlassenen Vorschriften in 1800 Anlagen konstatiert wurden und daß doch nur 208 Personen bestraft worden sind.

Recht bedauerlich ist, in wie zahlreichen Fällen die durch die Gewerbeordnung zugelassenen Ausnahmen von unsern spärlichen Arbeiterschutzgesetzen zugelassen wurden. Nicht weniger wie 654 Betrieben wurde Sonntagsarbeit gestattet, davon 268 Betrieben bis zu 5 Stunden, 252 über 5 bis 8 Stunden und 617 sogar über 8 Stunden. Das christliche Gebot „Du sollst den Feiertag heiligen“ findet also im „christlichen“ Staate immer noch wenig Anklang. Wurde doch für 1530 Sonn- und Festtage das Arbeiten zugelassen, d. h. also, für jeden Sonn- und Festtag mehr als 25 Betrieben nicht weniger als 1 676 029 und ein Zwölftel Arbeitsstunden wurden für Sonn- und Festtagsarbeit freigegeben! Von den 137 619 Arbeitern, welche in den fraglichen

654 Betrieben in der Woche beschäftigt waren, wurden 85 189 auch des Sonntags ausgebeutet. Nur 117 Anträge auf Erlaubnis zur Sonntagsarbeit wurden abgelehnt.

Von den in den der Fabrikinspektion unterstellten Betrieben beschäftigten 2 396 941 Arbeitskräften waren über 16 Jahre alt 1 822 521 Männer und 402 727 Frauen, von 14 bis 16 Jahre alt waren 113 037 männliche und 159 933 weibliche Personen. Außerdem aber waren noch 1066 Knaben und 694 Mädchen unter 14 Jahren beschäftigt. Also 1760 Kinder waren dem modernen, langsam tödenden behelhemitischen Kindermord in den kapitalistischen Betrieben ausgebeutet.

Mit dem Herrn Gewerbeinspektor von Magdeburg und dessen zum Teil recht eigenartigen Bericht werden wir uns noch außerordentlich eingehend befassen. Hervorheben wollen wir aber, daß nicht nur der Magdeburger, sondern zahlreiche Fabrikinspektoren mit einer Naivität, die ihre Befähigung für das ihnen zuerteilte Amt nicht gerade beweist, ihr Ersauern darüber äußern, daß sich die Arbeiter nur sehr selten selbst an sie mit Beschwerden wenden, sich vielmehr irgend welcher Mittelspersonen bedienen. Die Beamten sollten doch wissen, daß ein Unternehmer einen Arbeiter sofort entläßt, wenn er erfährt, daß dieser sich über ihn beim Fabrikinspektor beschwert hat. Mag man vielleicht auch zur Verschwiegenheit der Fabrikinspektoren alles Vertrauen haben können — abgesehen von dem Mißtrauen, daß andere Organe des Staates bei den Arbeitern gegen allen Glauben, der „von oben“ kommt, geübt haben, genügt schon die Möglichkeit, der Fabrikinspektor könnte möglicherweise etwas verraten, jeben Arbeiter von einer Beschwerde bei dem Beamten selbst abzuhalten. Je freundlicher sich die Fabrikinspektoren gegen die Gewerkschaften und deren Vertrauensleute stellen, um so besser werden sie ihren wichtigen Beruf erfüllen können.

Vermehrung der Fabrikinspektoren, Wahl von Assistenten und Assistentinnen in die Fabrikinspektion, Ausdehnung der Fabrikinspektion auf die Hausindustrie gehören zu denjenigen Forderungen, deren Verwirklichung das arbeitende Volk am 16. Juni anzubahnen hat. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 9. Juni 1903.

Neue Enthüllungen zum Fall Arenberg.

Zum Fall Arenberg schreibt jetzt die „Saam. Allg. Ztg.“: „Es wird immer wahrscheinlicher, daß Prinz Arenberg schrittweise den Weg zum Schafott, zu dem deutsche Richter ihn verurteilt haben, bis zur Hellenstalt in zwei Jahren zurücklegen wird! Von dort bis zur Freiheit ist nur noch ein Schritt. Die Geschichte der Verurteilung des Prinzen und seiner kassellischen Begnadigung ist ein sehr interessantes Kapitel aus der heutigen deutschen Rechtspflege. Wie der prinzipale Mörder im Gefängnis gelebt hat, haben wir bereits mitgeteilt, und es paßt nur in den Rahmen dieser ganzen Affäre hinein, wenn der Prinz nicht wie sonst geisteskrante Verbrecher einer Landesirrenanstalt überwiesen wird, sondern in der Maison de santé in Schöneberg bei Berlin Aufnahme findet, wo er sich, da es ihm ja an Mitteln nicht fehlt, jeden Komfort verschaffen kann. Zu den Bemerkungen, die bevorstehende Ueberführung des Prinzen in eine Privatirrenanstalt abzuleugnen, erfahren wir, daß die Absicht bestand, diese Ueberführung, wenn irgend möglich, geheim zu halten. Nach unsern ganz zuverlässigen Informationen kann bei dem Prinzen von Geistesgekränktheit oder Unzurechnungsfähigkeit gar keine Rede sein. Er befindet sich im Gegenteil körperlich und geistig wohl, ist auch keineswegs feilsch deprimiert, sondern erwartet in gutem Humour den Tag, der ihm die Gefängnisportien öffnet.“

„In gutem Humour“ also erwartet der an ein lustiges Gefängnisleben gewöhnte Prinz die Stunde, welche ihn wieder der vollen Freiheit übergibt. Jetzt hat er zwar im Gefängnis Freuden über Freuden, indes noch in er immerhin zur „Strafe“ für sein Verbrechen an den Ort gebunden, in dem ihm so viel Glück und Segen zu teil wurde, wie keinem gewöhnlichen Proletarier an seinen glücklichsten Tagen.

Nun hofft Seine Hoheit der Mörder heiteren Herzens, bald noch mehr Vergnügungen genießen zu können, wie ihm selbst im fröhlichen Karzer beschieden waren.

Der Verbrecher hatte ja auch nicht eine Preßsünde begangen, hatte nicht etwa die Massen gegen die Ungerechtigkeiten des heutigen Strafvollzugs „aufgereizt“ — er hatte ja „nur“ nach fürchterlichen Soldatenmißhandlungen gemordet. —

Nochmals der Fall Havenstein.

Der Kammergerichtsrat Havenstein, von dem der Justizminister am 24. März im Abgeordnetenhaus gesagt hat, daß über seine Tüchtigkeit und seinen Scharfsinn nirgendwo

ein Zweifel bestehe, ist durch Präsidialbeschuß vom 17. Dezember aus dem Strafsenat des Kammergerichts entfernt und in den 14. Zivilsenat versetzt worden. Zwei Tage darauf suchte Herr Havenstein einen Urlaub auf drei Monate nach, unter Beilegung eines ärztlichen Zeugnisses, wonach sich „im Laufe des letzten Sommers, vielleicht infolge von Ueberarbeitung, bei ihm ein Nervenleiden entwickelt habe, das damals schon eine Arbeitseinstellung geboten erscheinen ließ“. Jetzt seien einzelne Krankheitserscheinungen heftiger hervorgetreten und länger andauernd geworden. Jetzt, will sagen nach dem Präsidialbeschuß. Hierzu bemerkt die „Voss. Ztg.“:

Das ist begreiflich, da die Entfernung des Herrn Havenstein aus dem Strafsenat ohne sein Ansuchen und gegen seinen Willen erfolgte. Der Justizminister erklärt, er habe keine Veranlassung gehabt, den Gründen dieser Versetzung nachzugehen. Er halte sich dazu nicht berufen. Aber er wies die Behauptung zurück, daß auf das Präsidium ein Druck ausgeübt worden sei „in der von den Zeitungen angedeuteten Art“. Dem gegenüber haben wir unsre Ausführungen schon am 26. März aufrechterhalten. Kammergerichtsrat Havenstein schwieg; er erklärte weder unsre Darstellung noch die des Justizministers für unrichtig. Das ist begreiflich. Er hat den Vorgang nicht in die Öffentlichkeit gebracht; er ist vielleicht von seiner öffentlichen Erörterung auch nicht erbaut. Aber der Fall hat eine Bedeutung, die zu der Besprechung nötig, ganz gleich, welche Empfindungen man bei der betroffenen Person mit Recht oder Unrecht vermutet. Deshalb kommen wir auch heute auf die Angelegenheit zurück, weil es an der Zeit ist, einige Fragen zu stellen und auf sie eine klare Antwort zu verlangen. Ist es wahr oder unwahr, daß verschiedene hohe Amtsstellen Vorstellungen über die wiederholte Entscheidung des Strafsenats gegen die Gültigkeit von Polizeiverordnungen gemacht haben? Den Justizminister haben wir dabei nicht im Auge. Ist es wahr oder unwahr, daß der Präsident des Kammergerichts, Wirklicher Geheimrat v. Drenckmann, in der Präsidialbescheidung auf jene Vorstellungen hingewiesen hat? Ist es wahr oder unwahr, daß er mit dem Hinweis auf diese Vorstellungen die Versetzung des Herrn Havenstein befürwortete?

Was jetzt hat die „Voss. Ztg.“ sich begnügt, in der Form von Fragen wichtige Andeutungen zu machen. Uns aber hat der himmelstreichende Fall Havenstein aufs neue bewiesen, welche Lüge die Behauptung ist, die preussischen Richter seien unabhängig. Im Gegenteil handelt es sich leider um abhängige Beamte. Weil Herr Havenstein unglückliche Polizeiverordnungen wahrheitsgemäß unglücklich nannte, wurde er gemahregelt. Einen schlimmeren Vorgang kann es in keiner Justiz geben. Ein Richter, der nach bestem Gewissen nicht so geurteilt hat, wie es der Regierung und der Polizei gefiel, wurde wider seinen Willen an einen andern Senat versetzt! Einem gerechten Richter tritt man persönlich zu nahe, obwohl an seiner Tüchtigkeit und seinem Scharfsinn nicht gezweifelt wird, nur weil er nicht bewußt ungerecht gehandelt hat. —

Deutschland.

Berlin, 9. Juni. Bei den bevorstehenden Gerichtsferien werden zunächst in Preußen, dann wohl auch in den andern Bundesstaaten, verschiedene wichtige Änderungen Platz greifen, die den Zweck haben, die durch die bisherigen Vorschriften über die Gerichtsferien und deren Handhabung durch die Gerichte verursachten Mißstände nach Möglichkeit zu beseitigen oder doch zu mildern.

— Gegen die Adelsfabrikanten richtet sich ein neueste Entscheidung des Kammergerichts, sowie eine andre des Hamburgischen Oberlandesgerichts. Es ist vielfach vorgekommen, daß Bürgerliche, die viel Geld haben und das Bedürfnis empfanden, zu den „Edelsten der Nation“ zu avancieren, einen Adligen dafür bezahlten, daß er sie adoptierte (zu deutsch: an Kindesstatt annehmen). Die genannten Gerichte haben nach der „Köln. Ztg.“ jetzt aber Adoptionen für rechtswidrig erklärt, bei welchen aus den begleitenden Umständen hervorgeht, daß der Wille der Parteien nicht dahin ging, daß ein Kindschaffsverhältnis, wie es zwischen Eltern und ehelichen Kindern bestehe, begründet werde, daß es vielmehr der adoptierten Familie nur darauf angekommen sei, auf dem Wege der Adoption eine Namensänderung zu erreichen.“

Da wird also ein eitler Bourgeois schon andre Maßnahmen ergreifen müssen, um geadelt zu werden. Wie war's mit einem Kirchenbau? — Als Dank dafür dürfte ihr vielleicht das ersehnte blaue Blut eingepfist werden! —

— Nochmals Bollmar und Singer. Die Zeitung des Abg. v. Bollmar über die Haltung der Sozialdemokratie gegenüber neuen Handelsverträgen wird in der sozialdemokratischen „Münch. Post“ ausführlich mitgeteilt. Die „Münch. Post“ berichtet, was Bollmar über die Frag

*) Berlin 1903. R. v. Debes Verlag. G. Schenk. (633 Seiten.)

Die Entscheidungstunde naht!

Nicht in allen Zeiten finden wir in den Reihen des Proletariats diejenige politische Begeisterung, deren das Volk in den Stunden der Gefahr bedarf. Jetzt aber, da des Wahlkampfes letzte Stunde bald geschlagen hat, ist derjenige ein Verräter unsrer großen Sache, der nicht seine ganze Kraft zur Arbeit für unsre politische Organisation und Agitation verwendet.

Auf denn, Gesinnungsgenossen, zeigt im letzten Moment noch einmal, daß Ihr das Tisch Tuch zwischen Euch und der Sozialdemokratie nun und nimmer zerschneiden wollt! Zeigt, daß Ihr in der entscheidenden Woche treu zu Eurem bisherigen Reichstagsabgeordneten, dem Genossen

Wilhelm Pfannkuch

halten wollt. Erscheint darum heute, Mittwoch, den 10. d. Mts., abends 8 Uhr, allesamt im „Luisenpark“. Unser Kandidat wird dort über

„Das Volksgericht am 16. Juni“

sprechen. Wer Gegner kennt, mache diese darauf aufmerksam, daß auch in dieser, wie in allen unsern Versammlungen, volle Redefreiheit gewährt wird.

Ein „geistiger Arbeiter“ im Dienste des Herrn Arendt.

Mit der den Magdeburger Nationalliberalen eigenen Habbität lassen die Freunde des Herrn Arendt zur Zeit durch Dienstmänner eine Broschüre verbreiten, welche zum Schluß zur Wahl des Herrn Arendt auffordert, aber folgendes Titelblatt trägt:

Wen wählen wir?

Ein Mahnwort zu den Reichstagswahlen an jedermann von Dr. Friedrich Röhrs, Berlin-Friedenau.

Zu beziehen durch den Vaterlandsverein, Berlin SW 13.

Preis für das Exemplar 15 Pf.; 50 kosten 4 Mark, 100 6 Mark, 1000 55 Mark, 5000 265 Mark, 10000 500 Mark.

Die Anhänger des Herrn Arendt sehen sich also genötigt, ihre politische Weisheit aus Friedenau bei Berlin zu beziehen. Geizig waren die Herren also nicht; sie ließen sich die Sache etwas kosten.

Da die Magdeburger Nationalliberalen an Gedanken leider sehr arm sind, so mußten sie schon in die Ferne schweifen, um jene Broschüre „geistiger Arbeiter“ zu besorgen, welche in Friedenau bei Berlin erdumt werden.

An allgemeinen Nebenwendungen hat es natürlich Herr Dr. Röhrs nicht fehlen lassen; der Phrasenreichtum der Broschüre ist nicht abel. So heißt es gleich am Anfang:

Hunderttausende treuer Söhne des Vaterlandes haben bei früheren Wahlen den Sozialdemokraten ihre Stimme gegeben, weil sie sich durch unwahre Behauptungen aufreizen und durch gleichnerische Verprechungen gewinnen ließen, ohne sich dessen bewußt zu sein, daß sie durch ihr Verhalten dem Vaterlande, der ihr eigenes Haus zu vernichten droht, Nahrung zuführen. Das darf ferner nicht sein. Jeder Vaterlandsfreund muß aufklärend wirken, soweit sein Einfluß reicht, damit das Wesen und das Ziel der Sozialdemokraten bekannt werden. Diesem Zwecke soll auch das vorliegende Büchlein dienen.

Amüßant ist sodann, daß der „geistige Arbeiter“ den Leuzel der blutigen Revolution an die Wand malt. „Jeder sozialdemokratische Wahlsattel ist ein Schritt zur Revolution“, ruft der Herr pathetisch aus! Unter „Revolution“ versteht der Herr Doktor aus Friedenau natürlich die brutale Gewalt. — Wir Sozialdemokraten sind eine revolutionäre Partei, weil wir eine Umwälzung der Gesellschaft von Grund aus anstreben. Wie man von einer Revolution der Technik oder des Maschinenwesens spricht, so sprechen wir mit Recht von einer „Revolution“ der Wirtschaft und Staatsordnung, denn wir erstreben mit gesetzlichen Mitteln eine allmähliche Umgestaltung der Gesellschaft, eine völlige Neugestaltung, nicht nur einzelne Reformen.

An den Ungleichheiten des Herrn Röhrs, welcher vor blutigen Barrikadenkämpfen zittert, schließen sich Befehle über die angebliche „Vaterlandslosigkeit“ der Sozialdemokratie, gerade als wenn wir Sozialdemokraten ausländischen Staaten Nordwesten liefern, damit deutsche Soldaten totgeschossen werden können. Der Herr behauptet sogar, die Sozialdemokratie habe die Lüge angebracht, Bismarck habe die Emser Depeche gefälscht. Dabei ist es bekanntlich nicht ein Sozialdemokrat, sondern der Feldmarschall Graf Kolke gewesen, welcher ausrief: „Erst war es eine Schamade, nun ist es eine Fanfare.“ Nachdem uns Herr Dr. Röhrs darüber getörselt hat, daß hinten weit in Haiti, Venezuela und sonstigen entlegenen Staaten das Deutsche Reich jeden Deutschen, dem auch nur ein Härlein gekümmert wird, Genußung verschafft (z. B. der Venezuela-Gesellschaft und der Distrikts-Gesellschaft), führt der Herr mit einem begeisterten Hymnus auf unsre deutschen Zustände fort:

Die Lebenshaltung der breiten Schichten der Bevölkerung hebt sich von Jahr zu Jahr. Die Löhne steigen, die Wohnungen werden immer besser. Dank der musterghiltigen Verwaltung Preussens steht das Deutsche Reich in seinem Unterrichts- und Bildungsweisen an der Spitze aller Völker. Die Hohenzollernfamilie sind wie die Begründer und Wohltäter ihres Staates, so auch die Erzieher ihres Volkes gewesen. Der Grundbesitz von der allgemeinen Schulpflicht ist zuerst von ihnen ausgebrochen und durchgeführt worden. Wie in keinem andern Lande wird bei uns für die Gesundheit der Staatsbürger gewirkt. Es wird gesorgt für einwandfreie Nahrung.

Wenn irgendwo einmal ausnahmsweise die Löhne steigen, so mußte die Lohnerhöhung durch einen harten gewerkschaftlichen Kampf erzwungen werden. Um solches für die Zukunft zu hinterdrücken, wollten die Nationalliberalen durch den von ihnen bei Beratung der Zucht-hausvorlage gestellten Antrag erreichen, daß jeder mit Gefängnis bestraft wird, der einen deutschen Arbeiter zum Streik zu bestimmen sucht.

Es ist gut, daß die Arbeiter erfahren, daß die Nationalliberalen behaupten, die Proletarierwohnungen würden „immer besser“. Der Kaiser dagegen ist bekanntlich der richtigen Ansicht, die Arbeiterwohnungen seien vielfach „noch schlimmer wie die Schweinefälle“. — Die musterghiltige Schulverwaltung Preussens dürfte der „geistige Vohnarbeiter“ des Herrn Arendt in Trakehnen studiert haben. Die Arbeiter fühlen sich nicht beleidigt, wenn wir ihnen offen erklären, daß sie nicht einmal ihre Muttersprache richtig sprechen und schreiben können. Nur vereinzelte haben sich diese Fähigkeit angeeignet, und diese wenigen auch nicht in unsern minderwertigen Volksschulen. Nur wer in der Wahl seiner Eltern vorzüglich gewesen ist, kann sich — von vereinzelten Ausnahmen abgesehen — rühmen, daß er unsre deutsche Sprache zu handhaben weiß.

Die Ernährung des deutschen Volkes ist „einwandfrei!“ — so meint der Herr Doktor. Wahrscheinlich wird Herr Arendt diese Erfahrung auf dem 20. März-Diner anlässlich der Eröffnung der Nordbrücke gemacht haben. Wenn Herr Arendt auch nur einige Wochen lang diejenige Ernährung bekommen würde, welche selbst in besser gestellten Arbeiterfamilien üblich ist, so würde er sich vermutlich ein schweres Magenleiden zuziehen.

Für die Gesundheit der Bevölkerung soll wirksam gesorgt sein; man lese nur die Jahresberichte der Regierungs- und Gewerbe-räte und man wird auf Grund dieser amtlicher Mitteilungen zu einer andern Ueberzeugung kommen.

Die Februarerlasse des Kaisers nennt der Verfasser der Broschüre „eines der herrlichsten Zeugnisse eines wahrhaft arbeitserfreundlichen Sinnes“. — Sehr hübsch gesagt! Nur schade, daß die verantwortliche Regierung die wahrhaft arbeitserfreundlichen Pläne, die vom Kaiser in den Februarerlassen niedergelegt sind, nicht durchgeführt hat, woran allerdings die nationalliberale Bourgeoisie die Haupt-schuld trägt. Neben jenen Berichten der Bourgeoisie dem Arbeiter-schutz möglichst Schwierigkeiten, schrieb der Kaiser bekanntlich: „Ganz wie überall“. Deshalb ist die Broschüre sehr unvorsichtig, wenn sie an folgende Worte aus den Februarerlassen erinnert:

„Neben dem weiteren Ausbau der Arbeiter-Versicherungs-Gesetzgebung sind die bestehenden Vorschriften der Gewerbeordnung über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter einer Prüfung zu unterziehen, um den auf diesem Gebiete laut gewordenen Klagen und Wünschen, soweit sie begründet sind, gerecht zu werden. Diese Prüfung hat davon anzugehen, daß es eine der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben.“

Umsturz und Zucht-hausgesetz waren die Vorschläge, welche die Regierung machte, um die Gleichberechtigung der Arbeiter zu wahren. — Nichts oder doch so gut wie nichts haben die herrschenden Klassen getan, um die Verheißung der Februarerlasse zu erfüllen.

Natürlich schwindelt die Broschüre den Arbeitern vor, die Sozialdemokraten hätten gegen alle Arbeiter-schutzgesetze gestimmt. Gegenüber sei noch einmal festgestellt, daß die sozialdemokratische Fraktion für alle Arbeiter-schutzgesetze gestimmt hat, die einen wirklichen Fortschritt enthielten (z. B. für die letzte Novelle zur Alters- und Invaliditätsversicherung und zur Gewerbe-Ordnung). Daß wir aber rückwärtliche Gesetze ablehnten, auch wenn sie als „Arbeiter-schutzgesetze“ bezeichnet werden, versteht sich am Rande.

Natürlich beruft sich des weiteren die Broschüre auf den faktisch bekannten Formwahrer Fischer, beklagt das traurige Schicksal der Konjunktur-Vereinsangehörigen (obwohl die Nationalliberalen den in der Tat in einer proletarischen und künftigen Lebenslage befindlichen Konjunktur-Vereinsangehörigen sogar der Tschuhradenschuh beschweigen) und ergeht sich sodann in einer insamen und unanständigen Kampfesweise gegen einzelne Personen, insbesondere gegen unsern Genossen Singer.

Natürlich beruft sich die Broschüre auf die Dresdener Kaiserrede

und die Aeußerungen Wilhelms 2. über die „sozialdemokratischen Agitatoren“. Interessant ist dabei, daß der Rat des Kaisers, die Arbeiter sollten „einen schlichten Mann aus der Werkstat“ wählen, nicht mit zitiert wird.

Natürlich werden wir mit den alten „Gründen“ als „Feinde des Mittelstandes, als Feinde der Bauern“ hingestellt.

Sodann folgt ein Kapitel über „Religion“, worin der Verfasser seine Bläubigkeit leuchten läßt. Er zitiert aus einem längst eingeseenen „einen gesentlicheren Anarchistenblatt vom Jahre 1892, welches den Meinid unter Umständen für gerechtfertigt hält, und läßt dieses Anarchistenblatt in ein Organ der Sozialdemokratie um.

Von dem System der indirekten Steuern meint die Broschüre, es könne kaum eine gerechtere und weisere Einrichtung geben; offenbar resultiert diese Ansicht daher, daß Herr Arendt und die Reichen bei diesem System sehr wenig zu bezahlen brauchen. Höchst „gerecht und weise“, daß man z. B. jedes Pfund Salz mit 6 Pfennig besteuert!

Sehr drollig ist, daß der „geistige Arbeiter“ zu beweisen trachtet, daß die Erhöhung der Kornzölle von außerordentlichem Vorteil ist. Er ruft: Die Wähler können nur zeigen, daß sie sich durch das Märchen von den Buchergöllern nicht haben irreführen lassen. Sie handeln zu ihrem Nutzen, wenn sie Männer in den Reichstag schicken, die für einen ausreichenden Schutz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse eintreten.

Das läßt Herr Arendt zu Gunsten seiner Kandidatur verbreiten. Noch am 26. Mai sagte der unklare Herr im „Eiseller“ in Sudenburg:

„Wohl ist der Zolltarif zu stande gekommen, allein es erscheint mir doch höchst zweifelhaft, ob auf dieser Grundlage der erhöhten Zölle, besonders der Mindestzölle, Handelsverträge abgeschlossen werden können. . . . Ich bin nicht einmal für die Regierungsvorlage, denn die enthält ja auch diese schädlichen Mindestzölle und es ist nicht zu leugnen, daß dadurch die Einfuhr und Ausfuhr sehr erschwert wird. Die Zolltarife von Oesterreich, Ungarn und der Schweiz beweisen das, denn sie enthalten als Antwort auf unsern Tarif strenge Abwehrmaßnahmen. . . . Diese hohen Zölle lassen leider nicht erwarten, daß eine Steigerung des Exports eintritt — im Gegenteil! Tauschlich wird die Lage der Arbeiter verschlechtert, da ja die Lebensmittel . . . teurer werden.“

Noch im vorigen Jahre hat Herr Arendt sogar im „Kaiserhof“ in Berlin gegen jede Erhöhung der Kornzölle protestiert. Ueber das Wahlrecht schreibt die Broschüre bezeichnend:

„Da wird zunächst gegen die Bedrohung des Wahlrechts“ auf die Schwänze gerufen. Das allgemeine Reichstags-Wahlrecht soll — so wird ausgeprengt — von der Regierung, noch wird sie von den beschuldigten Parteien geplant. Nacheinander haben führende Blätter des Zentrums, der Konservativen und der Nationalliberalen Klipp und klar betont, daß es ihnen vollständig fern liege, das Reichstags-Wahlrecht anzugreifen. Und hätte wohl die Regierung die Verdächtigung wirksamer widerlegen können als durch den im März dem Reichstage vorgelegten Gesetzesentwurf zur besseren Sicherung des Wahlgeheimnisses?

Es ist wiederum sehr ungeschickt, daß der Herr Doktor an der Sches des Wahlgeheimnisses erinnert, denn die Nationalliberalen stimmten für das neue Wahlreglement vor den Wahlen, um das Volk zu betriegen und nach den Wahlen das Wahlrecht zu verschlechtern. In der geheimen Sitzung der Nationalliberalen, die am 23. Mai in den Nationalparlamenten tagte, erklärte sich nämlich der Schriftführer der nationalliberalen Partei, Herr Geride, unter dem Beifall seiner Parteigenossen gegen das neue Gesetz, welches er als eine bedauerliche Konzession an eine gewisse Klasse bezeichnete. Diese unehrliche Partei bekämpft also heimlich, was sie öffentlich fordert. Von dieser Partei kann man sicher sein, daß sie — sobald sie nur die Macht dazu hat — das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht vernichten wird.

Wir wollen nur hoffen, daß alle Arbeiter eifrig die Broschüre lesen, sie wird unsre Stimmzahl vermehren. Den Dienstmännern gönnen wir den Arbeitslohn von Herzen, den ihnen die Partei Arendt zahlen mußte, wie wir auch dem „geistig arbeitenden“ Dienstmann des Herrn Arendt sein Honorar keineswegs weiden. —

Konkurrenz.

Die Magdeburger Filiale dieser Organisation hat ein sehr großes Arbeitsfeld. Die großen Fabriken von Hauswäldt beschäftigen viele Hunderte von Arbeitern, die dieser Organisation angehören müßten. Es wirken allerdings die bekannten Erscheinungen dem Organisationsgedanken entgegen: Auf den Fabriken herrscht häufig die Einrichtung, daß einem Konditor eine Anzahl Hilfsarbeiterinnen beigegeben ist, die von diesem entlohnt werden. Dieses System ermöglicht für einige Konditionen Wochenlöhne von 80 und 100 Mark, während die Mädchen mit 6-9 Mark abgefunden werden. Daß bei diesen Verhältnissen die Organisation nicht recht vorwärts will, läßt sich begreifen, zumal wenn man weiß, in welcher Weise manche niedrig entlohnten Mädchen auf die Gunst des Entlohnens spekulieren. Die Schuld an den Folgen dieser Zustände trägt die Fabrikleitung, für die allerdings die Güte der gefertigten Bonbons höher steht als die moralische Qualität der Arbeiterkraft. Die hiesige Zahlstelle hatte 1902 24 Mitglieder gegen 35 im Vorjahre; daneben besteht noch ein Hilfsverein mit 8 Mitgliedern und ein „blauer“ Verein mit 40 Mitgliedern. Der Verband versuchte für die in Innungs-konkurrenzen Beschäftigten eine tarifliche Festlegung der Löhne durchzubringen; bei diesem Bestreben halfen die Hilfs-Gewerkschaften mit. Die Bewegung wurde jedoch durch die Verspottung der Innungsdarsteller und spielte in das Jahr 1903 hinein; sollte nichts erreicht werden, so ist dies lediglich auf das Verhalten der blauen Vereinsmitglieder zurückzuführen.

Krankentaggelassen.

Im Berichtsjahre fand ein Verbandstag dieser Vereinigung, die durchaus gewerkschaftliche Ziele verfolgt, in Hannover statt, auf dem beschlossen wurde, Vorstand und Redaktion des Verbandes nach Magdeburg zu verlegen. Seit 1. Oktober 1902 erscheint daher das Verbandsorgan „Die beläunliche Zeitschrift für praktische Arbeiterversicherung“ unter Leitung von Erich Wundtlandt hier. Die Zahl der Mitglieder betrug am Jahresabschluss 14.

Kupfererzgrube.

Die Zahl der Mitglieder beträgt 56, im Vorjahre gehörten 103 Kollegen der Organisation an. Die Arbeitslosigkeit ist so groß, wie die Minderleistung der Unternehmern: Verbandsmitglieder waren bis zu 6 Monaten arbeitslos. Der Arbeitsnachweis der Zahlstelle wird sehr wenig geschätzt. In der Vergangenheit hat für die Mitglieder Beschaffung und im letzten Wiederholungsfall Ausschluß aus der Organisation zur Folge. Schwebereisungen hatte die Zahlstelle im Jahre 1902 nicht. Vier Verbandsmitglieder wurden gemeldet.

Sagerhalter.

Die Organisation zählt am 26 Mitglieder gegen 16 im Vorjahre.

Leberarbeiter.

In Magdeburg sind einige große Viehhändler. Leberarbeiter sind nur wenige vorhanden. Die Organisation umfaßt von 100 Beschäftigten 115, es sind also 97 Prozent der Magdeburger Leberarbeiter organisiert: von diesen gehören einige 25 Jahre und etwa 70 seit 10 Jahren ununterbrochen dem Verbands an. Schwebereisungen kamen 1902 nicht vor. Die 11. Generalversammlung des Verbandes fand im Sommer 1902 in Magdeburg in der „Morse“ statt. Diese Generalversammlung befaßte die Einführung der Arbeitslosenversicherung. Dann noch erst einmal die Maßgabe der Gewerkschaften, daß 97 Prozent aller im Beruf Tätigen im Verbands vereinigt sind!

Lithographen und Steinbrucker.

Die hiesige Filiale hatte im Berichtsjahre eine kümmerliche Bewegung gegen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Die Bewegung war erfolglos. Von 84 Beschäftigten gehörten 47 dem Verbands an. 1901 waren 33, 1901 31 Mitglieder vorhanden. Nur eine Druckerei hat noch die hiesige Filiale, alle andern Betriebe haben sich von 15-40 Mark. Die Zahl der Mitglieder betrug auf 19 Lithographen kommen 18 Beschäftigte, auf 60 Steinbrucker 34 Beschäftigte. Daß diese Verhältnisse nach Abschluss des Jahres kein Unterkommen im Beruf finden, ist selbstredend; einige Jahre mögen sie im Beruf noch arbeiten, dann gehen sie zu anderen Gewerben über und bilden bei Schwebereisungen nicht selten eine Gefahr für die Arbeiter, wie sich das bei dem letzten Lagerarbeiterstreik zeigte, wo Lithographen und Steinbrucker vertrieben wurden, weil sie gelernete Arbeiter waren. Lithographen und Steinbrucker werden, wenn die angestrebten Unternehmungen langjährig sind, die Forderung erhoben: Gehalt die Bekalung fern!

Feuilleton.

Kenilworth.

Roman von Walter Scott.

aus dem Englischen übertragen von E. G. Schönbauer, Leipzig und Berlin bei G. Reclam'sche Verlagsbuchhandlung.

(145. Fortsetzung.)

Dreihundertjähriges Jubiläum.

Da steht der alte Mann und hat die Hand
So liegt der Geist, der aus dem Himmel
So liegt der Geist, der aus dem Himmel
So liegt der Geist, der aus dem Himmel
So liegt der Geist, der aus dem Himmel

Der Jäger.

Sie kehrt nun zum Abendhimmel, dem Gemäch der
ausländischen Gefährten der englischen Gärten
die eine Stellung der Ungeduld und Ungehörigkeit zu haben
wie sie ist. Sie war darauf gefaßt, daß in dem Gemäch
das Tages ihr Licht war, wie sie in der letzten Stunde ge-
lungen hatte und daß auch das Licht aufgehört wurde, es
daß sie von ihrem Mann bei sich selbst beschaffen wurde,
um in dem Augenblicke zu gehen. „Ich will ihn nicht an-
sehen“, sagte sie, „er hat sich nicht von jenen
Hilfsarbeiten getrennt, ich will nicht, um mich zu kümmern,
er wird gehen kommen, wenn es ihm möglich ist, das weiß
ich, aber ich will ihn nicht an sehen.“ — Und sie
antwortte ihm demnach: jedes Gemäch ist ein wie der Tag,
die Scherben, der die Gärten künden alle, um sich in ihre
Hände zu setzen, und diese Scherben sind ihr nicht fremd.

Die hiesige Filiale der Organisation, die von dem
gewerkschaftlichen Ziele verfolgt, in Hannover statt, auf dem
beschlossen wurde, Vorstand und Redaktion des Verbandes
nach Magdeburg zu verlegen. Seit 1. Oktober 1902 erscheint
daher das Verbandsorgan „Die beläunliche Zeitschrift für
praktische Arbeiterversicherung“ unter Leitung von Erich
Wundtlandt hier. Die Zahl der Mitglieder betrug am
Jahresabschluss 14.

Maler.

Die hiesige Filiale gehört dem Parrell nicht mehr an. Die
Zuschriften des Sekretärs blieben unbeantwortet. Im Vorjahre
zählte die Zahlstelle 120 Mitglieder. Sie halten es für überflüssig,
über das Verhalten dieser Organisation der Gesamtgewerkschaft
gegenüber ein Wort zu verlieren.

Maschinenisten usw.

Außer der Zahlstelle des Zentralverbandes vegetiert ganz
im Verborgenen noch eine lokale (blaue) Vereinigung. Der Ver-
band hat in Magdeburg 35 Mitglieder. Lediglich Magdeburg über
Auserachtlaffung aller Arbeiterzuschreibungen sind an der Tages-
ordnung. Außer der königlichen Gewerkschaften dürfen diese
Magen so ziemlich allen Beteiligten bekannt sein. Magdeburger
sind nichts Seltenes. Wird von irgend jemand eine Anzeige an
die Behörde gemacht, so kann der Maschinenist, wenn die Anzeige mit
seiner Tätigkeit in Zusammenhang zu bringen ist, sicher sein, ent-
lassen zu werden.

Massen.

Die Organisation zählte im Vorjahre 12 Mitglieder. Für
1902 wurden trotz wiederholten Ersuchens keine Angaben gemacht.

Maurer.

Sie sind bisher immer der Meinung gewesen, daß alles beruht
werden müsse, um bei den Mitgliedern der nicht dem Kartell
angehörigen Gewerkschaften Verständnis für die sozialen Pflichten
der Gegenwart zu erwecken. Sie haben daher bei allen Ange-
legenheiten, die diese Gewerkschaften betreffen, uns unbekümmert
um die persönlichen Meinungen der Beamten oder Führer der Or-
ganisation an dieselben gewandt, um diese zur Mitarbeit heranzu-
ziehen; allerdings fast immer mit negativem Erfolg. Leider
war diese jenseitige Abneigung gegen unsere Bestrebungen auch
bei ganz selbstverständlichen Dingen in besonderer Weise in Er-
scheinung. Wir hatten zu karitativen Zwecken bei sämtlichen Magde-
burger Gewerkschaften nach der Zahl der Mitglieder, der stän-
digen Lohnempfänger, der Berechtigung an Krankentaggelassen und
an Innungseinrichtungen gefragt. Die Fragen waren unentbehr-
lich für die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutsch-
lands — der auch die Maurer eingeschlossen sind — auszuführende
Statistik. Aber der Wert einer derartigen Statistik kann kein
Gewerkschaftler im Zweifel sein und trotzdem erstelsten wir auf
unser wiederholte Bitte, doch den Fragebogen auszufüllen, fol-
gende Karte:

Magdeburg, 11. 8. 03.

H. G.

Sie können es ab Ihren zugesandten Fragebogen zu be-
antworten.

Mit Gruß

Z. A. Th. Schläue,
Maurer

Durch den Zentralvorstand erfuhrten wir dann — freilich
auch erst auf wiederholtes Ersuchen und als wir die Zahlen für
den obigen Zweck nicht mehr verwenden konnten — daß die hiesige
Zahlstelle 50 Mitglieder zählt. Welche Verhältnisse den Sinn die
sich ganz eigentlich haben soll, ist dunkel. Will man unsere Be-
strebungen abschätzen können, so ist zu fragen, ob ein derartiges
Verhalten von den übrigen Organisationen liebhaft übersehen
werden kann.

Reichstagswahlbewegung.

* Wahlkreis Wanzleben. Zur Schlichtung der
nationalliberalen Parteien. Herr Vorsitzender Paul
Schmidt hat unter Äußerung des Vorsitzers Schneider eine
Serie von Verhandlungen im Kreise ab. Vorgemittelt fand
denn auch am Sonntag den 7. Juni nachmittags 3 Uhr, die für
Mittwoch abend angeordnete Versammlung statt. Herr
Schneider lang zunächst ein großes Plagiat über die sich dies-
mal im ganzen Kreise zeigende Wahlbewegung. Er führte
das heraus, daß unter den konservativen Parteien eine
so große Uneinigkeit Platz gegriffen und daß seitens der Regierung
keine Maßnahme herbeigeführt sei. Die Kandidatur Knipfstedt
griff er heftig an und bezeichnete als nichts bestehender Liberaler
begegnet, daß einige Personen, die bis jetzt wohl der nationalliberalen
Partei angehört haben, nun aber Knipfstedt auf den Schild er-
heben wollten, sich immer noch radikal nennen. Eine solche
Handlungsweise sei nicht erlaubt, sondern das reine Gaukelspiel.
Nach die Kandidatur Knipfstedt habe es ihm angefallen. Der Vorstand
der freiwirtschaftlichen Partei im Kreise hatte sein Bestreben zurück-
gewiesen; auf eine Anfrage seitens des Herrn Schneider, daß
die freiwirtschaftliche Partei nicht Knipfstedt unterstützen würde,

es aber ablegte, für Herrn Schmidt einzutreten. Daß bei dem
bekanntem Mannesmut der Freiwirtschaftlichen absehen den
Bescheid keine große Bedeutung beizumessen sei und daß deshalb
die Mehrzahl doch für Schmidt votieren werde, ist ja auch Herrn
Schneider klar, nun kommt aber Herr Wallstab, stellt sich selbst als
Kandidat auf und reißt dadurch noch mehr Wasser auf die Mühlen
der Sozialdemokratie wie die Kandidatur Knipfstedt. Inbrünstig hat
der Herr Justizrat in Bezug auf Herrn Wallstab, dem er nebenbei
viel Glück wünschte, doch diese Kandidatur fallen zu lassen, sonst
komme Knipfstedt in die Stichwahl und dann sei das Schicksal des
Kreises besiegelt, dann werde die rote Fahne der Revolution den
Sieg davontragen. Nun bekam Herr Schmidt das Wort: Er
habe sich nicht zur Kandidatur gedrängt, sondern nur auf Bitten
der Parteifreunde wieder angenommen, obwohl er in seinem Ge-
schäft gerade genug zu tun habe. Selbst konservativen hätten ihn
dazum gebeten, nur den Kreis vor der Sozialdemokratie zu retten.
Dann entrollte er kurz sein Programm. Er ist für den Ausbau des
Heeres und der Flotte; der Landwirtschaft muß geholfen werden;
Konsumvereine und Warenhäuser müssen beschränkt, Einkaufsge-
nosenschaften aber gefördert werden. Auch für die Arbeiter — be-
sonders für die Kriegsveteranen — muß etwas getan werden, aber
alles mit Maßen, nicht so viel und nicht so frühlich, wie es die
Sozialdemokraten verlangen. Die Hauptfrage ist Vertrauen zur
Regierung usw. Nach Schmidt sprach ein Herr Freitag, Generalsekretär
der nationalliberalen Partei, um in etwa einfüßiger Rede die
Kandidatur Knipfstedt zu bekämpfen und nebenbei die Ge-
schäftlichkeit der Sozialdemokratie zu beleuchten. — Dann durften
Frage an den Kandidaten Schmidt gestellt werden. Herr Wall-
stab, der Kandidat der Freiwirtschaftlichen fragte an, ob Herr Schmidt für
Beibehaltung des Wahlrechts in seiner jetzigen Form sei; daß da-
rauf eine bejahende Antwort erfolgte, mußte, ist doch so kurz vor
den Wahlen selbstverständlich. Nun erbat unser Genosse Koch das
Wort. Prompt erklärte ihm Herr Schneider, daß er zur Sache
nicht sprechen dürfte. Darauf stellte unser Genosse die Anfrage
an Schmidt, ob er seinen Einfluß nicht geltend machen wolle, um
in einer späteren Versammlung unsern Genossen volle Redefreiheit
zu garantieren? Als Ehrenmänner müßten die Liberalen das
tun, umso mehr da der Vorsitzende Justizrat Schneider einer Ein-
ladung zur sozialdemokratischen Versammlung nicht gefolgt ist, ja
es noch einmal für notwendig hielt, darauf zu antworten. Der
Herr sah Schmidt antwortete nicht, drängte vielmehr zum
Aufbruch nach Langenweddingen. Schneider machte einige laune
Einwendungen. Er hätte vor 5 und 10 Jahren mit den Sozialdemo-
kraten diskutiert, sehr sei er aber kurirt. Was die Einladung zu
unser Versammlung anbelangt, so hätte er sofort in seinem Bureau
veranlaßt, Koch zu antworten, daß er mit Arbeiten überlastet und
infolgedessen nicht kommen könne. Der Brief müßte auf der Post
verloren sein. — Na, wie nur die Post so gleichgültig sein
kann; hierdurch ist Herr Schneider unschuldig falsch beurteilt —
und schloß dann unter den üblichen Formalitäten, bei denen es an
Ausfällen gegen die Sozialdemokratie nicht fehlte, die Versamm-
lung.

Die Versammlung in Langenweddingen war eben-
falls nur schwach besucht. Unsere Genossen verzichteten darauf, das
Elaborat, das sie in Aktienbedingungen gefaßt, noch einmal über sich
ergehen zu lassen und traten deshalb lieber den Heimmarsch an.

* Wahlkreis Wanzleben. (Wie ein Regierungs-
präsident für sich agitieren läßt.) Im Verlage des
Herrn Kaack, des patentierten Sozialistenverrichters in Seehausen,
Kreis Wanzleben, ist jetzt ein Flugblatt erschienen, das wohl das
ungeheuerlichste in Verleumdung und Verdrehung von Tatsachen leistet,
was jemals gegen die Sozialdemokratie ins Feld geführt worden ist.
Noch ungeheurer aber ist, daß der ehemalige Regierungspräsident
B. Arnsfeldt-Bromby durch seine Unterschrift unter das Raack'sche
Gesetz seine Zustimmung zu dem von Sigen strotzenden Plagiat
gegeben hat. Wenn die konservativen Wähler glauben, durch ver-
erragte Flugblätter und auch nur einen einzigen sozialdemokratischen
Wähler abspenstig zu machen, dann dürften sie sich in einem schweren
Fremd befinden. Hätte der Mann mit dem ominösen Namen und
seiner Freunde gesehen, mit welcher hochgradigen Entrüstung und einige
ehrbare Arbeiter die Subdeli überbrachten, sie würden sich sicher eines
Besseren besinnen.

Nachdem der Striktführer seinem Kerger darüber Luft gemacht, daß
von Magdeburg aus fortwährend in die bisherige Domäne der so ge-
nannten Ordnungsparteien „Sturm“ gelaufen und immer neue Wechse
gelegt worden ist, ergab er sich in einer so offenkundigen unerhörten
Art und Weise gegen die Sozialdemokratie und ihre Führer, daß der
Arbeiter des Kreises die Hornesader angepöbeln ist, als sie den
Witz zu lesen belamen. Wir wollen nur einige der hanebüchsten
Sätze herausgreifen.

„Wir brauchen uns unserer Heimat nicht zu schämen!“
heißt es da an einer Stelle. Als wenn es jemals einen Sozialdemo-
kraten gegeben hat, der sich seiner Heimat geschämt hätte?
Weßhalb die Sozialdemokratie gegen eine Reihe von Gesetzen ge-

enistet und daß ich sie als eine Verstoßene, eine Gefangene
anschaue?“

Die Musik, welche von allen Seiten des Schlosses fern
und nah, erschalle, als es nicht allein das ganze Schloß
Kenilworth, sondern die ganze Gegend umher ein großes
Nationalfest feierte, führte denselben drückenden Gedanken
ihrem Herzen immer näher, während einige Töne fern und
herdend verklagen, als wollten sie ihrenummer beklagen
und einige diat neben ihr auftraufen, als wollten sie in
ihrem ungebundenen Entzücken ihres Glendes spotten. „Diese
Töne“, sagte sie, „sind mein — mein, weil sie sein sind, aber
ich kann nicht sagen: schweigt, ihr lauten Töne, ich will euch
nicht und die Stimme des niedrigsten Bauern, der sich in den
Tanz mischt, wird mehr über diese Musik vermögen, als der
Besatz derjenigen, die ihre Gebieterin ist.“

Nach und nach erstarben die Töne der Freude und die
Gedächtnis zog sich vom Fenster zurück, an welchem sie gelauscht
harrte. Es war Nacht, aber der Mond schien so hell in Amns
Pannum, daß sie die Einrichtungen treffen konnte, welche sie
für nötig hielt. Sie horchte noch, Leisester wurde in ihr Zim-
mer kommen, sobald alles im Schloße ruhig sei, fürchtete
aber durch irgend eines unbedeutenden Eindringling gestört
zu werden. Sie hatte das Vertrauen in den Schlüssel her-
stellen, seit Treiffkittan in das Zimmer gekommen war, obgleich
es von innen verschlossen gewesen; indessen alles, was sie zu
ihrer Sicherheit tun konnte, bestand darin, daß sie einen Tisch
vor die Türe hob, um durch Geräusch geweckt zu werden,
wenn jemand den Eingang erzwingen wollte. Nachdem die
unglückliche Lady diese notwendigen Vorkehrungen getroffen,
zog sie sich auf ihr Lager zurück, legte sich nieder, wachte in
unruhiger Erwartung und schlief mehr als eine Stunde nach
Einnahme des Schlafes. Als die Forderung der erischsten Natur stärker
wurde als ihres Schmerzes, suchte sie sogar als die Welt
der Ungewissheit, so daß sie endlich einschlief.

Da sie schlief, der Indianer lag über an den Pfahl ge-
kettet, in den Fensterräumen, welche ihm überirdische Tug-
enden schenken, und Zeitweilen erschienen auf gleiche Weise das
Bild der Wälder, so daß eine bewußtlose Ruhe ein-
traten muß, und er sein Leiden auf neue fühlen kann.

(Fortsetzung folgt.)

nimmt hat, ist den Arbeitern in Tausenden von Versammlungen und in

ebenfalls Zeitungsartikeln klargelegt worden. Diese Mühe sich noch ein-

mal in Flugblatt zu machen, konnte sich Herr Saad sparen.

Die großen Propheten der Straß-, Wadenzahn- und

Maharber-Gebden haben uns nie im Unklaren gelassen über

ihre revolutionären Absichten, so heißt es weiter. Wir wissen

nicht, ob Herr Saad noch Wadenzahn hat oder ob er bereits ein

alter Mummelgeiß geworden, so viel aber wissen wir, daß es noch

keinen Sozialdemokraten nach den Wadenzähnen des „Schiffleiters“

der „Seehäuser Warte“ geküßt hat.

Das Ständebüchle aber ist der folgende Satz: **Bebel hatte sich**

in einer Wählerversammlung zu Leipzig im Jahre 1869

als Nachfolger von Robespierre und Marat, der Pariser

Schreckensherrschaff, entpuppt und ausgerufen: „Wir

brauchen 100 000 Köpfe, dann ist alles fertig!“

Daß Bebel mit diesen Köpfen kranken Arbeiterköpfe ge-

meint hat, die zu der in der Bildung begriffenen Partei gebraucht,

um politische Forderungen durchzusetzen, weiß der Herr Saad natür-

lich ebenjogut, wie jeder Arbeiter. Herr Saad stellt aber darauf die

Sache so dar, als wenn Bebel 100 000 Kristallatenköpfe verlangt hätte,

um damit die Laternenpfähle zu garnieren.

Mit derartigem Wohl läßt heute, im Jahre 1903, ein Regierungs-

präsident a. D. für sich agitieren!

Die Königsmörder Hübel und Nobiling werden als

Beweis angeführt, wie „gelehrte“ Schüler Herr Bebel ge-

finden hat.

Hübel war christlich-sozial, ein Anhänger Stöders, und

Nobiling war bekanntlich nationalliberal, er kann nur aus privaten,

nicht aus politischen Gründen seine Schandtat begangen haben. Aus

noch weiter mit dem Nachwort zu befaßten, halten wir unter unsrer

Würde. Wird der Kandidat der Sozialdemokratie im ersten Wahl-

gang im Kreise Wangleben gewählt, dann ist es sicher diesem Flugblatt

zuzuschreiben. Wählt nur so weiter, ihr Unstürzler wider Willen!

58.50, 59.18, 59.49, 59.71, 60.50, 60.85, 61.04, 63.65,

64.46, 69.89 Wk. —

Die Sterblichkeit an Infektionskrankheiten

(Scharlach, Diphtherie, Keuchhusten, Blattern, Masern,

Scharlach, Typhus, Dysenterie, Cholera infantum, Kind-

bettfieber und Wundfieber) nimmt nach einer statistischen

Zusammenstellung in O e s t e r r e i c h — wie wir der „Volkst.

Zeitschr. für prakt. Arbeiterverf.“ entnehmen — von Jahr zu

Jahr in dem Maße ab, als es der medizinischen Wissenschaft

gelingt, Heilmittel für diese Krankheiten zu finden. So hat

die Mortalität an Diphtherie infolge der Entdeckung des

Seilserums in den letzten Jahren enorm abgenommen, die

Blattern sind überhaupt sehr selten geworden, der Scharlach

dürfte, falls sich das neue Serum bewährt, bald der Diph-

therie gleichkommen, der Typhus, die Dysenterie, der Dred-

durchfall der Kinder zeigt ebenfalls eine erfreuliche Abnahme,

welche auf Kosten der verbesserten sanitären Verhältnisse in

den Städten zu setzen ist. Das Wundfieber ist aus den

chirurgischen Spitälern und in der Praxis infolge der Anti-

sepsis so gut wie verschwunden. Nur das Kindbettfieber for-

dert in der Privatpraxis trotz der Fortschritte der Asepsie noch

immer zahlreiche Opfer, welche darauf zurückzuführen sind,

daß der größte Teil der Geburten außerhalb der Kliniken

nur unter der Leitung einer Hebamme ohne ärztliche Auf-

sicht vor sich geht. Es muß daher mit aller Macht darauf

gedrungen werden, daß bei allen Geburten obligatorisch, wie

dies in England schon der Fall ist, ein Arzt zugezogen werde.

Angesichts der Tatsache, daß im Durchschnitt 7 pro Tausend

aller Wöchnerinnen an Kindbettfieber sterben, kann man den

Dingen nicht mehr gleichgültig zusehen und muß dringend

Abhilfe schaffen. —

Provinz und Umgegend.

Groß-Ostereben, 9. Juni. (Aufforderung.) Partei-

genossen! In der Landsberg-Versammlung forderte ich euch auf,

des Fußweges und stiege 8-5 Meter steil auf; unser

Erkauten war um so größer, als er selbst diesen Weg gewählt hatte,

um auf dem „Laufen“ zu bleiben. Nun, die Mühe des

Notierens konnte sich der Herr Oberwachmeister umsonst er-

sparen, weil er keinen Strafantrag des Besitzers erhalten dürfte,

nachdem wir für jeden entstandenen Schaden Ersatz geleistet hatten.

Interessant dürfte in andern Fällen auch ein Prozeß sein, in dem

festgestellt würde, daß uns seitens einer Autorität in Begreiften

ein solcher Weg gezeigt worden sei. Die ganze Art und Weise, wie

wir übernachtet wurden, wie unser harmloser Ausflug belästigt

wurde — denn wir empfinden die Anwesenheit überflüssiger Per-

sonen stets als Belästigung — hat besser agitiert, wie wir vielleicht

durch mündliche Unterhaltung hätten wirken können. —

Genthin, 8. Juni. (Eine Volksversammlung.) die

von weit über 500 Personen besucht war — ein Ereignis für unsre

Stadt! — fand heute abend hier statt. Genosse Albert Magde-

burg referierte. Bericht folgt. —

Gommern, 8. Juni. (Bebauernswerter Vorfall.)

In der Nacht vom Sonntag zum Montag befand sich Dr. Wiese

aus Gommern, ein allgemein beliebter und geachteter Mann, mit

seinem Kade auf der Heimfahrt von Herbst nach Gommern. In der

Nähe des Vorwerks Cressow wurde W. von mehreren jungen Burden

plötzlich angehalten. Auf wiederholtes Verlangen des Angegriffenen,

den Weg frei zu geben, antworteten die Ungeheuer mit Steinhöfen.

Da in gutem nichts erreicht wurde, die Burden vielmehr zu Tätlichkeiten

übergingen, schoß W. aus einem Revolver einige Schrotkugeln ab.

Einer derselben traf leider den Arbeiter Ernst Werner in den

Kopf. Der Verletzte liegt gegenwärtig noch besinnungslos bei seinen

sehr achtbaren Eltern in Gommern. —

Gommern, 9. Juni. (Unfall.) Am Sonnabend voriger

Woche ereignete sich im Stiehlischen Steinbruch an der Mühle der

alten Elbe ein bedauerlicher Unfall. Das 7jährige Kind des Bruch-

meisters Kefowitsch geriet mit einem Fuß unter die Räder einer Lori.

* **Wahlkreis Calbe-Mischerleben, 8. Juni. (Keine Ant-**

wort ist auch eine Antwort.) Ein unster Partei — wenigstens

bisher! — sehr fernstehender Herr Wegold veröffentlicht im „Aischer-

Lebener Anzeiger“ folgendes Eingekandt:

In mehreren Berichten über die am vergangenen Freitag ge-

haltene Kandidatenrede des Herrn Plade wird bemerkt, daß Fragen

aus der Versammlung an Herrn Plade nicht gerichtet worden seien.

Demgegenüber sei festgestellt, daß Herr Plade folgende Fragen

schriftlich vorgelegt worden sind: „Wie stellen Sie sich

1. zu einer Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer und zur

Einführung einer Fahrkartensteuer?

2. zur Einführung einer direkten Reichsteuer?

3. zur Forderung der Neueinteilung der Wahlkreise?

4. Welche Stellung nehmen Sie ein zur Gewährung von

Däten bezw. Anwesenheitsgeldern für Reichstagsabgeordnete?

5. Wie stellen Sie sich zum Duellwesen?“

Herr Lorenz, der Versammlungsleiter, hat diese Fragen in

Empfang genommen. Nach Beendigung der Rede teilte er der Ver-

sammlung mit, daß Fragen eingegangen seien, stellte auch deren

Beantwortung durch Herrn Plade in Aussicht und übergab letzterem

die Fragen.

Trotzdem Herr Plade in seiner Wahlrede diese Punkte in keiner

Weise berührt hatte und trotzdem er, wie jeder in der Politik

Stehende, wissen mußte, daß es von größtem Interesse für viele

Wähler ist zu erfahren, welchen Standpunkt Herr Plade in diesen

aktuellen Fragen einnimmt, wurden sie weder der Versammlung

Verantwortung und Angelegen.

Groß-Ostereben, 9. Juni. (Aufforderung.) Partei-

genossen! In der Landsberg-Versammlung forderte ich euch auf,

an der am 10. Juni bei Ruche stattfindenden Wählerversammlung

teilzunehmen. Aus dem, was sich in Mitteilungen abgespielt

hat, erseht ihr, daß die Nationalliberalen zu feig sind, uns das

Wort in ihren Versammlungen zu gestatten; aus demselben Grunde

kommen sie auch nicht zu uns. Eine solche Partei ist gerichtet und

fordert ich euch deshalb auf, der Versammlung fernzu-

bleiben, damit die Herren ungehört beraten können, wie sie

ihren Untergang beschleunigen.

Julius Koch.

Altenplathow, 8. Juni. (Wie bei den Agrariern

die Landarbeiter behandelt werden) zeigte recht trah

ein Menschenskind, die sich heute in aller Frühe in der Nähe von

Altenplathow abspielte. Ein kleiner Krupp Polen, beschäftigt auf der

königl. Domäne in Hagen, hatte jedenfalls kein Verständnis für die

Liebenswürdigkeit, mit der die Leute des Pächters Rammelberg

behandelt werden und schied sich an die gottliche Domäne zu verlassen.

Über wehe, wenn sie losgelassen, nämlich die Schergen der Domäne in

Gestalt dreier Männer, welche die edle Aufgabe hatten, mit dem

Knüppel in der Hand, agrarische Arbeiterunmündlichkeit mit Nachdruck

zum Verständnis der Fischen zu bringen. Mit großem Eifer

widmeten sie sich dem Werke edler Nächstenliebe; zerrissene Röde und

G. Halle, 8. Juni. (Ein Gegenstand zu dem Prozeß

Krüger-Emmer.) Bekanntlich wurden kürzlich die Stadt-

verordneten K. und C., ersterer zu 1 Monat Gefängnis, letzterer

zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt, weil sie im Stadtvorordneten-

Kollegium gefagt haben sollten, Polizeibeamte hätten sich ihnen gegen-

über in Diensthachen beschwert. Heute war nun der Polizeivergeant

Schönemann, ein Herr, der dadurch bekannt geworden ist, daß er

vor längerer Zeit einem Stellungsplichtigen im Eifer den Schädel

spaltete, wegen verleumderischer Beleidigung vor dem

Schöffengericht angeklagt. Auf Schönemanns Anzeige wurde ein Handels-

mann Zimmermann wegen Beleidigung zu 1 Monat Gefängnis ver-

urteilt. Er verhandelte sich und zeigte den Polizisten wegen Verletzung

seiner Instruktion an, da er im Dienste Bier getrunken habe. Bei der

Vorvernehmung stellte der Polizist dieses mit Entschiedenheit in Abrede

und beschuldigte den B. der bewußten Unwahrheit. In der

heutigen Verhandlung stellte sich nun heraus, daß nicht der Handels-

mann Zimmermann, sondern der Polizist bewußt die Unwahr-

heit gefagt und damit dem B. beleidigt habe. Das Gericht verurteilte

den Polizisten wegen verleumderischer Beleidigung zu 10 Mark

Geldstrafe ev. 2 Tagen Gefängnis, weil zu berichtigenden sei, daß

er in einer Zwangslage gehandelt habe. —

Sarsleben, 8. Juni. (Herr Rimpau.) Am Donnerstag

abend fand hier eine Versammlung statt, in welcher Professor Rimpau

vor zahlreich erschienenen Wählern aus allen Ständen seine bekannte

* **Wahlkreis Calbe-Mischerleben. Plades Wahl-**

auftrag in Aken, den die Nationalliberalen in den dortigen

Landtagskandidaten, besteht nur aus Redensarten. Nur

eine einzige Tatsache wird in dem Auftruf angeführt und diese ist

— erlogen. Es heißt in dem Auftruf: „Die sozialdemokratischen

Abgeordneten haben im Reichstage gegen alle die gegenreichen Ge-

setze gestimmt, welche zur Versicherung und zum Schutze der Ar-

beiter erlassen sind.“

Natürlich ist das Schwindel. Sobald die Gesekentwürfe

einen wirklichen Fortschritt enthielten, stimmten die Sozialdemo-

krateu dafür; so stimmten sie für die letzte Novelle zum Invaliden-

gesetz und Altersversicherungsgesetz und für die letzte Novelle zur

Seeverordnung. —

* **Wahlkreis Calbe-Mischerleben. Albert Schmidt**

in Aken. In einer glänzenden besuchten Versammlung sprach

unser Reichstagskandidat Genosse Albert Schmidt am letzten

Sonnabend im „Berliner Hof“ in Aken. Seine Rede wurde mit

Wachb, 8. Juni. (Volksversammlung.) Am 7. Juni

sprach hier die Genossin Tieg aus Berlin in einer zahlreich besuchten

Versammlung. Sie erzielte besthaften Beifall und allgemeine Zustimmung.

Der Erfolg ihrer Rede war, daß die Versammelten sich ge-

lobten, raslos für die Wahl unster Genossen Schmidt zu agitieren

und Herrn Plade Gelegenheit zur Erhöhung zu verschaffen. —

Burg, 6. Juni. (Offene Anfrage an den In-

haber der Firma Conrad Lad u. Co.) Zur Stadtverord-

netenwahl im vorigen Jahre hat die Firma Lad ihren Leuten zwecks

Ausübung des Wahlrechts die Arbeitszeit freigegeben. Die dort ar-

beitenden Stadtverordnetenwähler sind von der Meisten sogar an-

tiert worden, ihr Wahlrecht auszuüben, wahrscheinlich in der richtigen

Voraussetzung, daß während der Mittagspause das Gedränge zu stark

ist und mancher Wähler dadurch seines Wahlrechts verlustig geht.

Das ist anerkennenswert. Zur Stadtverordnetenwahl wird drei Tage

lang gewählt. Bei der Reichstagswahl wird der Wahlakt schon am

ersten Abend Punkt 7 Uhr geschlossen. Da nun ein großer, wenn nicht

Schönebeck, 8. Juni. (Achtung, Parteigenossen!)

Am Mittwoch den 10. Juni, abends 8 Uhr, findet eine große Ver-

sammlung im „Stadtpark“ statt, in welcher unser Kandidat Genosse

Albert Schmidt sprechen wird. Herr Hirschfelder vom

„Schönebecker Tageblatt“ ist durch eingeschriebenen Brief eingeladen,

um die unerhörten Angriffe persönlich zu vertreten, welche er gegen den

Genossen Schmidt gerichtet hat. Wir erwarten, daß unsre Genossen

für guten Besuch dieser interessanten Versammlung agitieren werden. —

Schönebeck, 8. Juni. (Hirschfelderchen) veröffentlicht

eben einen rechten Artikel, in dem er unsre Genossin Tieg, welche

hier einen Vortrag gehalten hat, in der unheimlichsten Weise behin-

dert. Natürlich ist es unsrer Genossin herzlich gleichgültig, was ein Hirsch-

felder über sie denkt. Sehr komisch wirkt, daß Hirschfelders Blättlein

seht an die Frauen appelliert, auf daß — diese für Herrn Plade

agitieren. Den Frauen ruft er zu:

Zum Wohle des Vaterlandes seid Euch Eurer Pflicht be-

wußt. Ihr deutschen Frauen, unser bisheriger verehrter Reichs-

tagsabgeordneter Herr Georg Plade muß siegreich aus der

Wahlkacht hervorgehen!

Das sagt jetzt dieselbe Presse, welche sonst der Meinung huldigt,

die Frau gehöre lediglich ins Haus und habe sich mit Politik nicht

zu befassen. Frauen können für Plades Wahl natürlich nicht ein-

treten, denn Plade erklärte wiederholt, gerade das Verlangen der

Sozialdemokratie, daß das Wahlrecht auf die Frauen ausgedehnt

Soziales.

Die Löhne in der „Vorwärts“-Druckerei. Um

den „neuesten Enthüllungen“ der bürgerlichen Presse ent-

gegenzutreten, sei folgendes festgestellt. In der Werkabteilung

des „Vorwärts“ erhalten 17 Seher je 30 Mark, 3 je 31,

4 je 32 und 32.50 Mark. Im Maschinenaal: Se 1 Ma-

schinenmeister 43 Mark, 40, 37.50, 33 und 2 je 32 Mark.

Im Rotationsaal: ein Maschinenmeister 55 Mark, der

zweite 51.50 Mark, ein dritter zur event. Anshilfe anlernender

36 Mark. — Vier Maschinenseher erhalten je 42 Mark.

Gardelegen, 8. Juni. (Ein Wählerausflug mit Hinder-

nissen.) Recht eigenartig gestaltete sich der hier arrangierte

Wählerausflug am letzten Sonntag. Es hatten sich zirka 60 Wähler

— Arbeiter und Handwerker — zusammengefunden, die in einzelnen

Trupps den Weg nach Spje einschlugen, um dort einen gemächlichen

Schoppen zu trinken. Plötzlich tauchten zwei herrierte Gendarmen

auf — ein Oberwachmeister und ein Wachmeister — die die Löhre

hatten, uns aufmerksam zu beobachten. Dieses Amies waltete

Wichtigste. Ihm imponiert es augenscheinlich gewaltig, daß Herr Blade im französischen Feldzug das eiserne Kreuz erster Klasse erworben hat und diese militärische Auszeichnung ist für ihn der Grund, Herrn Blade für den allereignetsten Volksvertreter zu halten. Eine ziemlich sonderbare Anschauung, die von dem übrigen Groß- und Kleinbürgertum in keiner Weise geteilt wird. Es ist ja offenkundige Tatsache, daß es nur mit großer Mühe gelungen ist, weitere Kreise von der Geeignetheit des Herrn Blade als Reichstagskandidat zu überzeugen. Im allgemeinen göhlt man sonst der Selbstkenntnis des Herrn Blade, daß er kein Talent zum Politiker habe, hohle Anerkennung, und auch wir befinden uns in diesem einen Punkte in voller Übereinstimmung mit ihm. Herr Gräßner fand es auch für angezeigt, sich über diejenigen zu entziehen, die beim Kaiserhoch sollen sitzen geblieben sein. Dafür gab's dem noch ein Hoch auf Herrn Blade und damit fand die Generalsammlung, die zu allseitiger Freude nur eine Stunde gedauert hat, ihren zweckentsprechenden Abschluß.

Stuttgart, 6. Juni. (In der Sitzung des Gewerkschaftsstarkeis) am Freitag fehlten ohne Entschuldigung ein Delegierter der Zimmerer und entschuldigter ein Delegierter der Kupferschmiede. — Die Unterstützung einiger auswärtiger Streiks wird in Rücksicht auf die augenblicklichen Stuttgarter Verhältnisse abgelehnt. — Wegen des Innungsgerichts für das Baugewerbe in Schöneberg, für welches immer noch keine Neuwahl der Arbeiterbeisitzer erfolgt ist, soll nochmals beim Regierungspräsidenten angefragt werden. — Von der Württembergischen Organisation liegt ein Antrag vor, wonach das Gewerkschaftsstatut bei entgegenstehenden Streiks von vornherein eingreifen soll. In der Diskussion hierüber wird besonders betont, daß dies in Widerspruch stehen würde mit dem Statut des Gewerkschaftsstarkeis und den Beschlüssen des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses. Der Antrag wird zurückgezogen und statt dessen beantragt: Alle Gewerkschaften sind verpflichtet, von bevorstehenden oder eingetretenen Ausständen, Sperren oder Ausperrungen ungekündigt dem Gewerkschaftsstarkeis Mitteilung zu machen. Dieser Antrag wird angenommen. Nächste Sitzung am 19. Juni.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In der letzten Strafkammerung des Landgerichts Stendal wurde der Hausdiener Niedrich, der die vielen Baumrödel in den städtischen Promenaden und Anlagen sowie in Privatgärten verliert hat, zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. — In Rastatt wird bei Pfingsten ein schon vor Pfingsten verübtes Verbrechen an das Tageslicht gekommen. Auf Grund von Gerüchten, die umgingen, wurden durch die Ortsbehörde Nachforschungen angestellt. Man fand die Leiche eines neugeborenen Kindes in dem Ader eines Einwohnere. Die Leichenschauung hat ergeben, daß das Kind gelebt hat. — Auf dem Bodenraum des Hauses der Allgemeinen Gesellen- und Gehilfenbruderschaft in Eilenburg entstand Feuer, das den Dachstuhl vernichtete, durch schnelle Hilfe der freiwilligen Feuerwehr aber auf seinen Grund beschränkt werden konnte. Der Sekretär der Krankenkasse, C. Borch, und die im Hause wohnende Witwe Junter zogen sich bei den Löscharbeiten Brandwunden an den Händen und im Gesicht zu.

Gerichts-Zeitung.

Sandgericht Magdeburg.

Sitzung vom 2. Juni 1903.

Ein Laubendieb. Der Schüler Willi Thies, geboren 1890, öffnete am 20. März d. J. den Laubenhoben des in demselben Hause wohnenden Malers Goldberg mit einem falschen Schlüssel und stahl zwei Lauben, sowie ein Nest mit zwei Eiern. Als der Diebstahl entdeckt wurde, trug Thies die Lauben und das Nest zurück. Ihn traf ein 2 Wochen Gefängnis.

Freigeiprochen. Die verheiratete Artift Hedwig Rudolph, geb. Woithe, hier, geboren 1870, wurde von der Anklage der verurteilten Erpressung freigeiprochen.

Lotteriebergehen. Der Kollektor Willi Strube aus Stadthagen, geboren 1890, wurde wegen Lotteriebergehens mit 50 Mark Geldstrafe evant. 10 Tagen Haft belegt.

Freigeiprochen. Der Arbeiter Karl Richter hier, geboren 1857, wurde wegen Sittlichkeitsverbrechens, begangen im Sommer 1902 gegen ein 13 Jahre altes Mädchen, und wegen fälschlicher Beleidigung desselben am 21. März d. J. angeklagt, wegen mangelnden Beweises aber freigeiprochen.

Sittlichkeitsverbrecher. In nichtöffentlicher Sitzung wurde der Lehrling Otto Wenz aus Halle, geboren 1882, wegen Sittlichkeitsverbrechens, begangen am 29. April d. J. gegen ein 12 Jahre altes Mädchen gelegentlich des Besuchs von Samstagskassen, zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Diebstahl. Der Dienstmagd Otto Sauerwitz zu Porey wurde am 29. Oktober 1902 von der Strafkammer wegen verurteilten jüngerer Diebstahls zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Das Reichsgericht hob das Urteil wegen eines Kommissariats am 23. April d. J. auf und wies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurück. Die Kammer erkannte heute wegen verurteilten jüngerer Diebstahls auf 2 Wochen Gefängnis.

Bermischte Nachrichten.

* Jahresberichterstattung für den Reich der Weltanschauung. Der Reichsausschuss für die Förderung der Weltanschauung hat in dem Bericht für das Jahr 1902 folgende Ergebnisse festgestellt: In der Reichsversammlung, welche sich als solche gebildet hat, sind bei der Sitzung der ersten Klasse ihrer Vertreter (einschließlich Schiedsrichter) folgende Namen: Hamburg und New-York und ungeachtet einer Vermählung von 20 Prozent, wurde festgestellt, daß die Weltanschauung im Jahr 1902 nicht nur den 1. August 1901 angenommen wird, sondern daß der dadurch sich ergebende Gewinn nicht unter den für den betreffenden Zeitraum und die im Jahre folgende Abgaben zumutbaren Mindestmaßes steht. Bei der Höhe in den verschiedenen Verordnungen wurde bemerkt, daß diese aber nur eine geringe Vermehrung gegenüber den früheren zu den entsprechenden Einnahmen machen würde. Außerdem sind diese Angaben, welche von der Jahresberichterstattung Gebrauch machen werden, haben sich zu den Einnahmen der verschiedenen Schiedsrichter in Bremen bezogen. Hamburg in Verbindung zu setzen.

* Der Erreger der Pocken. Bei der Größlichkeit der Pocken-Epidemie in Indien hat die Kommission, die von dem Kaiser ernannt wurde, um die Ursache der Pocken zu untersuchen, festgestellt, daß die Pocken-Epidemie in Indien durch den Erreger der Pocken verursacht ist. Es ist ein zoonotischer Krankheitserreger, der durch den Kontakt mit dem Erreger übertragen wird.

daß der Keim gerade dieser Krankheit so lange verborgen geblieben ist, obgleich man doch hier am frühesten einen wirksamen Schutz herstellen und benutzen gelernt hat, der als erster bedeutsamer Vorläufer der Serumbehandlung gelten kann. Oft ist während der letzten Jahre die Kunde durch die Welt gegangen, der Erreger der Pocken sei endlich entdeckt worden, aber bisher haben sich die betr. Angaben noch immer als überholt erwiesen. Dr. Councilman hat seit zwei Jahren in Gemeinschaft mit vier jüngeren Forschern Untersuchungen über den Pockenkeim ausgeführt. Zuerst wurden die Kuhpocken studiert, dann der Gehalt der Bläschen und Pusteln, aber es konnte kein bestimmter Keim ausfindig gemacht werden, weil immer eine ungeheure Zahl von Bakterien verschiedener Arten vorhanden war. Schließlich führte eine anatomische Untersuchung der durch die Krankheit verursachten Veränderungen zur Enttölerung des Keimes und seiner Entwicklung. In den tiefen Zellen der Haut wurden kleine Körperchen von nur einem Tausendstel Millimeter Durchmesser gefunden, die auch schon von andern Beobachtern bemerkt worden waren. Sie nahen leicht Färbung an, sind einheitlich, wachsen an Größe, werden allmählich körnig und von unregelmäßiger Gestalt und umgeben sich schließlich mit kleinen Kreisen, wodurch eine größere oder geringere Mehrzahl mit den Amöben entsteht, zu denen namentlich der Keim der Malaria gehört. Zuweilen zerfällt der Keim allmählich auch in eine Zahl von Teilen. Die Entwicklung des Schmarogers scheint in einer bestimmten Folge von Zustandsänderungen vor sich zu gehen. Zunächst bleibt der Kern unverändert, eine Blase scheint das winzige Lebewesen zu umgeben und mit ihm zu wachsen. Möglich verjüngt sie, und dafür treten besondere Veränderungen im Kern ein: es erscheint ein Ring, dieser wächst, und ferner erscheinen Ringe in seiner Umgebung, so daß das Ganze ein schwammartiges Aussehen annimmt. Der Kern zerfällt nun allmählich und gibt einen Körper frei, der nicht mehr wächst, sich aber immer weiter umgestaltet, bis er aufricht und die Sporen (Samen) austreten läßt. Wie bei andern Tieren, zeigen sich also auch hier zwei Zyklen, einer innerhalb der Zelle und der zweite innerhalb des Kerns; der letztere ist mehr verwickelt und entspricht der geschlechtlichen Entwicklung. In den Kuhpocken findet sich nur der erste Zyklus. Bei der Impfung des Giftes auf einen Affen entwickeln sich schon beide Formen, also ähnlich wie beim Menschen. Der ganze Vorgang ist beendet, wenn die Blasen zu erscheinen beginnen. In diesen sowie in den Pusteln oder Krusten finden sich jene Formen nicht, dagegen lassen sich die Spuren des Keimes in den Blutgefäßen der Haut feststellen. Diese sind wahrscheinlich nicht die eigentliche Ursache des trüben Ausbruchs der Pocken, sondern bereiten nur den Weg für Eiterbazillen aus der Familie der Streptokokken. Der Pockenkeim würde also nicht zu den Bakterien, sondern zu den Tieren gehören, wie auch schon andre Forscher vermutet haben, namentlich Guarnieri, Fuchs und Wassilewski.

* Das Weisheitskätzchen, so schreibt das „Dückerblatt“, das Organ des Dücker-Bundes, ist sicherlich sehr oft eine schöne und angebrachte Sache, gegen die kein Märgler das geringste einzuwenden kann. Oft aber ist's auch ein störender Lärm und unheimlich ist's geradezu eine Nothilfe, wenn es z. B. die weibliche Stimmung nach einem erhabenen Konjunkt oder das träumerische Stimmen nach einem feinen lyrischen Gedichte mit Weisheitskätzchen zerlegt. Das ist ja nichts Neues — wir alle haben's schon Angende oder Hunderte von Malen empfunden, haben's verwünscht, haben dagegen geredet, haben aber nichts ausgerichten können damit. Setzen wir im Konzert und sang etwa ein Müller oder las ein Silenator etwas noch so Zinniges vor, kaum war er fertig, so knallte man ihm seine heftige Wirkung tot, um ihn zu ehren. Und schließlich: wir haben's wünschlich mit. Denn: kein Weisheit, gilt das nicht immer noch, auch wie vielen, gleichbedeutend mit: kein Erfolg? Und der Mann da vorn heben die sich ja, war das Kätzchen ihm wirklich lieb? Oder dachte er nur gezwungen aus Höflichkeit? Wer wußt es? Beleidigen wollte man den Vortragenden auch nicht — man ist in einem schmalen Spielball. Es gibt aber ein ganz einfaches Mittel, um hier vorwärts zu kommen. Warum machen die Herren Vortragenden, wenn wir sie als Künstler und Menschen toll und nicht höflich als Künstler toll, aber als Menschen nur halb nehmen sollen, auf ihren Programmen nicht bekannt, daß sie im Interesse der Stimmung irgend einen, zwischen den Parteien nicht zu entscheiden? Dann ist das, und darüber man dann nach, so bliebe dem Künstler die Möglichkeit, mit einer entsprechenden Gebühr um Aufre zu bitten; das heben gefundene Publikum aber würde die Künstler gerecht durch Rücken zur Seite bewegen, ohne mißverstanden zu werden.

Kleine Chronik.

Erzeile der Rißer Zinmarkens. Seit einiger Zeit geht es unter der Führung treibenden Verwaltungsinstituten, und jetzt ist aus der Bewegung im hohen Norden Norwegens offener Aufbruch geworden. Die Rißer verlangen, daß die Weltrechte geschützt werden, und behaupten, daß die Weltbürger der Rißergewerbe durch Lösung der Risse zu gewinnen. Mit Gewehren bewaffnet, haben sie erregte Leute von die Stationen der Rißerführer angegriffen, Gebäude, Maschinen zerstört und Schäden im Umfang von etwa 100000 Kronen verursacht. Die norwegische Regierung hat das Ereignis „Heimdal“ nach Kopenhagen abgemeldet, um Hilfe zu bitten.

Ein hartnäckiger Selbstmörder. Der Bauer des Apollonortes in Pöhl, Samuel Schöber, machte in Pöhl einen Selbstmordversuch, indem er sich mit dem Revolver des Herrn in welchem er logierte, in den Kopf schlug. Schöber, der in der Nähe in ihren Booten beschäftigt war, wurde dem Leben gerettet. Kaum war Schöber aber im ersten Bewußtsein, so ließ er sich eine Kugel von dem Revolver in den Kopf stecken, die ihn tödlich verletzte. Die Leiche wurde in Pöhl beerdigt.

Kleine Tageschronik. Nach polizeilicher Meldung ist die Bankaffäre Kurt Gutmann vom Bankhaus E. Heimann in Breslau nach Verurteilung von ungefähr hundertzwanzigtausend Mark kläglich gegangen. — Die Obduktion der Leiche der Frau Hoffmann in Berlin hat das überraschende Resultat ergeben, daß, entgegen dem ärztlichen Gutachten, eine Schändung des Kindes nicht stattgefunden hat. — Der seit Monaten in Untersuchungshaft befindliche Weinhandler Albert Kern in Frankfurt a. M. hat sich in seiner Zelle erhängt. — Unter dem Verdacht, die Tochter ihrer Dienstherrschaft vergiftet zu haben, wurde in Schipth (Sachsen-Weimar) ein schon vorbestraftes 16-jähriges Dienstmädchen namens Busse verhaftet. — Beim Dome du Goutier auf dem Montblanc verunglückte ein Telegraphenbeamter F. Schmidt, der Präsident der Genfer Union Montagnarde anriente.

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

Aufst. und Saale.	
7. Juni	8. Juni
Straußfurt + 1.00	+ 1.10
Trotha + 1.98	+ 1.84
Wilsleben + 1.80	+ 1.66
Sternburg + 1.40	+ 1.30
Galbe, Oberpegel + 1.64	+ 1.58
do. Unterpegel + 1.00	+ 0.84

Elbe.	
6. Juni	7. Juni
Pardubitz + 0.08	- 0.03
Brandeis - 0.11	+ 0.02
Melmit - 0.50	- 0.41
Leitmeritz - 0.51	- 0.34
Mühlitz - 0.10	- 0.16
Dresden - 1.59	- 1.47
Torgau + 0.20	+ 0.22
Wittenberg -	+ 0.95
Höfian + 0.47	+ 0.47
Barby + 1.00	+ 0.90
Schönebeck + 0.73	+ 0.58
Magdeburg + 0.98	+ 0.90
Zangermhnde + 1.42	+ 1.55
Wittenberge + 1.14	+ 1.12
Öbmitz, Pegel + 0.60	+ 0.58
Lauenburg + 0.69	+ 0.64

Fahrräder

nur neue, diesjährige Modelle mit bestem Pneumatik, Rollenketten, haltendem Lager.

Herren-Räder 100 Mk.

Damen-Räder 100 Mk.

Knaben- und Mädchen-Räder 90 Mk.

Die Preise verstehen sich inklusive Glöde und Laternen mit 1 Jahr Garantie. 3299

Acetylen-Laternen

von 2.50 Mk. an

Pneumatiks

Laufdecken von 5.00 Mk. an

Luftschläuche von 3.00 Mk. an

Reparaturen an allen Marken billigst.

Sämtliche Fahrrad-Zubehörteile zu billigsten Konturreizpreisen.

Kaufanteste Zahlungsbedingungen. Lernen gratis.

Albert Brennecke

Magdeburg-S. Halberstädterstr. 121b

Haltehalle Westendstraße.

Burg b. M. Scharfauerstrasse 44.

Standesamt. Magdeburg, 8. Juni.

Aufgebote: Bergmann Karl Hermann Hinkelstein in Hergisdorf mit Emilie Hermine Anna Albrecht in Hirschfeld. Prof. Herr. Schrodt in Straßburg i. E. mit Frida Schönfeld hier. Oberpostkassier Franz Dreißbrodt hier mit Helene Stoye in Dessau. Militärärzter Wilhelm Georg Sommer mit Wilhelmine Auguste Bertha Stuchte in Berlin. Reichsanwalt Max Hermann aus Berta Glesburg. Postassistent Hermann Lepz in Neubredach mit Friederike Marie hier. Arbeiter August Hermann mit Emma Gerde. Arbeiter Hermann Harprecht mit Auguste Kanjols. Köchlerin Paul Glahn mit Hermine Pauline Peters in Hiere.

Geburten: Gustav, S. des Kassiers und Bademeisters Gustav Ulrich. Gretchen, S. des Buchhalters Oskar Brühl. Käfer, S. des Artilleristen Wilhelm Schall. Hildegard, S. des Bergschwebers und Schreibers Richard Conrad. Gertrud, S. des Kaufmanns Heinrich Müller. Willi, S. des Bauarbeiters Paul Wink. Martha, S. des Bauarbeiters Friedrich Schultze.

Todesfälle: Albert, S. des Brauers Christian Zacharias, 27 J. Selma, S. des Arbeiters Karl Jeremias, 2 J. Witwe des Arbeiters Friedrich Marzke, Karoline geb. Schramm, 69 J. 2 M. 24 J.

Aufgebote: Fabrikarb. Friedr. Wilhelm Robert Lücke mit Mathilde Marie Emma Nielebock.

Geburten: Irma, S. des Tischlers Friedrich Wegener. Bonaventura Paul, unehel. Martin, S. des Lehrers Friedrich Niesdorf. Selma, S. des Arbeiters Karl Jeremias.

Todesfälle: Albert, S. des Goldschmieds Max Mayer. S. des Arbeiters Franz Kühlhorn. S. des Eisenbrechers Richard Buchmeier. S. des Arbeiters Karl Friede. S. des Arbeiters Ludwig Blende.

Todesfälle: Max, S. des Goldschmieds Max Mayer, 1/2 St. Gustav, S. des Arbeiters Karl Schräber, 7 J. 23 J.

Totgeburt: Ein S. Eine Z.

Burg, 8. Juni.

Aufgebote: Spinner Karl August Baer mit Anna Aug. Stanzel.

Geburten: S. des Händlers Oswald Geßner. S. des Schneiders Otto Hebenreit. S. des Fabrikarbeiters Gustav Henning. S. des Tischlers Friedrich Rammann.

Todesfälle: Willi, S. des verft. Schneiders Max Lemus, 1 J. Ehefrau des Köchlerers Fern. Glöde, Johanne geb. Lentze, 68 J. Privatmann Friedrich Köppler, 76 J.

Stadthagen.

Geburten: S. des Apothekers Albert Schmidt. S. des Maurers Otto Schulz.

Todesfälle: Knecht Franz Morche, 18 J. 1 M. Ottilie Buchholz, 1 J. 5 M. Ida Ramis, 5 M.

Die sechste Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

hg. Berlin, 6. Juni 1903.

Es wird der Bericht der Beschwerdekommission erfaßt. Die Kommission beantragt u. a. dem Verlangen der Hamburger Verwaltung auf Ausschluß des Kollegen Käther, der sich in einem Streit auf die Seite der Unternehmer gestellt haben soll, keine Folge zu leisten. Die Generalversammlung tritt dem Antrag bei. Weiter wird beschlossen, daß allen Mitgliedern des früheren Zentralvereins der deutschen Formier, deren Uebertritt in den Metallarbeiterverband bis zum 1. Oktober 1901 erfolgt ist, die volle Zeit ihrer Mitgliedschaft in Anrechnung zu bringen sei. Der Wiederaufnahme des wegen Quertreiberei im Jahre 1900 ausgeschlossenen früheren Berliner Bevollmächtigten Litzin soll nichts mehr im Wege stehen, doch braucht der Zentralvorstand ihn, falls er wieder auf einen Posten berufen wird, nicht zu bestätigen. Das Verhalten der Berliner Ortsverwaltung, die den Unruhigsten Pawlowitsch, obwohl ihm der Vorstand die Bestätigung versagt hat, im Amt gelassen hat, wurde von der Generalversammlung beurteilt; die Nichtüberführung sei zu Recht erfolgt wegen der Veröffentlichungen von Pawlowitsch in der anarchistischen Zeitschrift „Neues Leben“. Im übrigen ist die Sache jetzt erledigt, da Pawlowitsch später vom Vorstande beurlaubt wurde. In der Angelegenheit Scherm-Münzberg, des Redakteurs der Metallarbeiter-Zeitung, bezeichnet die Generalversammlung dessen Verhalten als nicht einwandfrei, soweit seine Veröffentlichungen im „Fränkischen Courier“ in Betracht kommen. Da aber bereits der sozialdemokratische Parteitag entschieden hat, daß Scherm nach wie vor Mitglied der Partei ist, ist diese Frage für den Verband erledigt. Der weiter gegen ihn erhobene Vorwurf, er habe von der Druckerei wöchentlich 10 Mark erhalten und dadurch den Verband geschädigt, ist hinfällig, Scherm hat die 10 Mark für das Besen von Korrekturen erhalten, er hat stets die Interessen des Verbandes gegenüber der Druckerei wahrgenommen. Nachdem beschlossen ist, die nächste Generalversammlung in Leipzig abzuhalten, werden einige Anträge ohne allgemeines Interesse beraten.

In der Nachmittags-Sitzung erstattet die Statutenberatskommission Bericht. Die von ihr vorgeschlagenen Änderungen werden fast sämtlich nach unerheblicher Debatte angenommen. Unter anderem erhält der Vorstand das Recht in außerordentlichen Fällen Extrabeträge zu erheben. Entsprechend der bereits beschlossenen Erhöhung der Beiträge wird das Reisegeld, das bisher 42-70 Mark pro Jahr betrug, auf 60 bis 100 Mark erhöht; auch die Ortsunterstützung wird hinaufgesetzt. Neu geschaffen wird folgende Bestimmung: „Das zeitweise Aussehen mit der Arbeit gilt als Arbeitslosigkeit“. Weiter wird das Recht auf die Gewährung von Unzulagekosten statutarisch festgelegt und ebenso die Höhe der Gemeindegeldunterstützung durch das Statut geregelt; sie beträgt für männliche verheiratete Mitglieder wöchentlich 14 Mark, für männliche ledige Mitglieder 12 Mark, für weibliche 7 Mark, für jedes unversorgte Kind wird ein Zuschuß von 1 Mark bezahlt, höchstens aber 5 Mark.

Berner wird beschlossen, daß eine Bezirkskonferenz abgehalten werden muß, wenn die Hälfte der Verwaltungsstellen des Bezirks es verlangt. Die Zahl der Delegierten für die Generalversammlung erfährt eine kleine Einschränkung insofern, als nicht mehr auf 750 sondern auf 1000 Mitglieder ein Delegierter gewählt werden soll.

Damit ist die Statutenberatung beendet, das einstimmig angenommene neue Statut tritt am 1. Juli 1903 in Kraft, die erhöhten Leistungen aber erst am 1. Juli 1904.

Der Sitz des Vorstandes bleibt Stuttgart. In den Vorstand werden gewählt als erster Vorsitzender Alexander Schlie, als zweiter Vorsitzender der bisherige Sekretär Reichel, an seine Stelle tritt Masjatsch-Stuttgart, Hauptkassierer bleibt Werner-Stuttgart; die Redaktion der „Metallarbeiter-Zeitung“ wird wie bisher in die Hände von Scherm-Stuttgart gelegt. Der Sitz des Ausschusses bleibt Frankfurt a. M. Als Vorsitzender des Ausschusses wird Weisig-Frankfurt a. M. wiedergewählt. Als Minimalgehalt für die Beamten der einzelnen Verwaltungsstellen werden 140 Mark, als Höchstgehalt 200 Mark festgesetzt.

Damit sind die Arbeiten der Generalversammlung erledigt. Cohen-Berlin schließt die Verhandlungen mit einem Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband, in das die Delegierten begeistert einstimmen.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 9. Juni 1903.

Zu den Versammlungen der Mittelstands-Partei haben wir unsern Genossen zu bemerken, daß wir auf Grund einer mit den Vertretern des Wahlkomitees der Mittelstands-Partei gepflogenen Verhandlung, die wir heute in der Redaktion der „Volksstimme“ geführt haben, zu dem Resultat gekommen sind, unsern Genossen den dringenden Rat zu erteilen, die Versammlung im „Wilhelmsgarten“ in Budau heute am Dienstag unter keinen Umständen zu besuchen.

Die Herren vom Wahlkomitee der „Mittelstands-Partei“ haben uns versichert, daß die von uns gestern abgedruckte Notiz aus der „Nachschau“ nicht im Austrage des Wahlkomitees in das Blatt gekommen ist. Die Herren haben uns erklärt, daß sie sich dem Wirt des „Wilhelmsgartens“ gegenüber verpflichtet haben, dafür zu sorgen, daß Sozialdemokraten dort nicht zum Wort kommen.

Tagegen haben die Herren uns durch Ehrenwort versprochen, daß uns in allen andern Versammlungen ihrer Partei Redefreiheit garantiert wird. Es darf nicht daran gezweifelt werden, daß die Herren als Ehrenmänner ihr Wort halten.

Die nächste Versammlung der Mittelstands-Partei findet morgen, Mittwoch, in Sudenburg im „Konzerthaus“ statt. Diese Versammlung wird von uns natürlich nicht besucht werden, denn es ist notwendig, daß alle unsere Genossen bis auf den letzten Mann morgen Abend im „Luisenpark“ erscheinen. Für uns ist es natürlich viel notwendiger, daß wir unsern Genossen Pfannkuch anhören, als daß wir mit dem Mittelstands-Kandidaten diskutieren.

Am Donnerstag findet eine Versammlung der „Mittelstands-Partei“ in den „National-Gestüben“ in der Neustadt um 5 1/2 Uhr statt. In dieser Versammlung wird den Vereinbarungen gemäß von sozialdemokratischer Seite das Wort erteilt werden. Es ist natürlich keine Parcipation, diese Versammlung zu besuchen; in erster Reihe gilt es, für den Besuch unserer eigenen Versammlungen zu sorgen. Es ist auch nicht wünschenswert, daß unsere Genossen den Saal allein füllen, denn wir wollen ja vor Gegnern sprechen. Am vor unsern eigenen Genossen das Wort zu ergreifen, brauchen wir nicht in die „National-Gestübe“ zu wandern. Andererseits dürfte die Versammlung sehr interessant werden.

Ein heftiges Durcheinander. Genossen, haben wir in aller Eile Namen den Herren abgelegt, daß wir ihre Versammlungen, ganz gleich, was dort gesprochen wird, weder durch Zwischenrufe noch durch Lärm stören werden. Jeder Genosse, der etwa am Donnerstag die Versammlung besucht, wird sich sogar dann, wenn Belästigungen und Behinderungen unserer Partei oder bekannter Genossen erfolgen sollten, streng ruhig verhalten. Die Antwort werden wir nicht schuldig bleiben. Genossen! Kommt heute alle heute nach Budau! —

Die Wähler-Versammlung am Montag abend in der „Krone“ (Alte Neustadt), in der Genosse Redakteur Markwald über „Die Abrechnung mit den Volksfeinden am 16. Juni“ referierte, war von zirka 300 Personen besucht. Nachdem Genosse Pistorius die Anwesenden aufgefordert, sich möglichst zahlreich an der Wahlarbeit am Wahltage selbst zu beteiligen, ging die Versammlung nach einem dreijährigen Hoch auf die Sozialdemokratie auseinander.

Das unredigierte Flugblatt. Das Flugblatt der „Mittelstands-Partei“, welches jetzt verbreitet wird, ist infolge unsrer Artikel noch vor der Drucklegung unredigiert worden. Es heißt jetzt unter den Programmforderungen „Festhaltung des bestehenden direkten, allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts“, während anfänglich das Wort „direkten“ fehlte.

Hoffentlich zahlen uns die Herren für die redaktionelle Durchsicht des drohlig stilisierten Manuskripts, die wir für sie geleistet haben, ein entsprechendes Honorar.

Herr Louis Stein als Redner. Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, hat sich der National-liberale Verein bereit finden lassen, Herrn Louis Stein, den imarten Zeitungsunternehmer, in einer Wählerversammlung als Redner fungieren zu lassen. Am Mittwoch abend werden wir hier das seltene Schauspiel erleben, wie Herr Stein im „Hohenzollernpark“ Arm in Arm mit Herrn Urendt und dem Generaldirektor Dr. Sernau seine Fähigkeiten im Bernichten der Sozialdemokratie beweist. Nachdem es Herr Stein mit den Mittelstandsrettern gründlich verdorben hat, versucht er es nunmehr bei den Nationalliberalen, den ersehnten Anschluß zu finden. Ob er dort die gewünschte Unterstützung finden wird, ist noch sehr zweifelhaft.

Die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert auf dem Städtetag für die Provinz Sachsen und das Herzogtum Anhalt am 6. Juni. In einem längeren Vortrage führte Herr Stadtrat Reimarus von hier in der Hauptversammlung des Städtetages, an der unter anderem auch die sozialdemokratischen Stadtverordneten Krüger-Halle und Peus-Dessau teilnahmen, die Vorteile und Bedeutung der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert vor Augen. Mit Recht wies der Vortragende darauf hin, daß die ganze Anlage und Form der jetzigen Besteuerung der Grundstücke durchaus mangelhaft sei. Das zunehmende Interesse für die neue Art der Besteuerung rufe die Hoffnung wach, daß die Besteuerung nach dem gemeinen Wert baldmöglichst in allen Kommunen Eingang finden möge.

Der Direktor der Unhaltischen Blei- und Silberwerke, Dr. Föhr-Silberhütte, bezeichnete die neue Art der Besteuerung als einen Schritt zur Erlosung aus sozialer Not.

Des weiteren sprach noch der Erste Bürgermeister Dr. Dehler-Halberstadt über Kommunale Bodenpolitik, während Herr Stadtrat Pütter-Halle über die Kosten, die dem städtischen Armenetat durch dem Trunke ergebene Familienbater verursacht werden, referierte. Nach der Versammlung fand eine Besichtigung verschiedener Sehenswürdigkeiten der Stadt statt.

Hoffentlich werden den beredten Worten des Herrn Stadtrat Reimarus nun auch endlich Taten folgen.

Festgenommene Obdachlose. Der Revierwächter Müller vom „Magdeburger Wach- und Schließ-Institut“ beobachtete in letzter Nacht zwei Männer, welche sämtliche Haustüren in der Kutscherstraße revidierten, ob sie nicht irgend eine offen finden würden, und sah dann, daß dieselben in das Grundstück Kutscherstraße 20 hineingingen. Mit Hilfe eines Schutzmanns fand der Wächter die Fremdlinge im dritten Stock auf dem Korridor schlafend, worauf sie dem Polizeipräsidenten übergeben wurden.

Eine Stufenbahn. Ein grandioser Wagenzug bewegte sich heute vom Bahnhof durch die Straßen unserer Stadt nach dem „Stern“, Ecke Augusta- und Krounstraße, zu. Er bestand aus 21 Wagen, die meist vier- und sechspännig gezogen wurden, und die Aufmerksamkeit aller Passanten richtete sich auf diesen ungeheuer großen Wagenpark. Er brachte Ingenieur Hugo Hajes Stufenbahn nach Magdeburg, die in den nächsten Tagen bei Groß und Klein ihre Anziehungskraft ausüben wird. Das großartige Unternehmen kam mittels Sonderzugs aus Kassel.

Parteigenossen in Magdeburg!

Am Dienstag den 16. d. M. müssen zur Befestigung der Wahllokale und zur Verteilung von Stimmzetteln mindestens 1200 Personen, darunter 500 unter 25 Jahren von uns tätig sein. Wir müssen den Kreis Magdeburg und die beiden altmärkischen Kreise besetzen. Wir eichen deshalb die dringende Bitte an alle Genossen, sich an diesem Tage in den Dienst der Partei zu stellen.

Um einen Überblick über die zur Verfügung stehende Zahl der Genossen zu haben, ersuchen wir jeden, der am Wahltage mitarbeiten will, sich am Freitag den 12. d. M., abends 8 Uhr, in folgenden Lokalen zu melden:

- Magdeburg, Friedrichstadt und Berber: „Dreilaiserbund“.
- Neue Neustadt: „Weißer Hirs“.
- Alte Neustadt: Lademacher.
- Sudenburg: „Bestes Bierhalle“.
- Budau: „Thalia“.
- Wilhelmstadt: „Luisenpark“.

Arbeiter-Stadtfahrer, welche am Wahltage sich zur Verfügung stellen wollen (auch die unter 25 Jahre alten), treffen sich am Freitag abend im „Dreilaiserbund“, ebenfalls auch alle diejenigen, die am Wahltage gegen abend Resultate holen wollen usw.

Letzte Nachrichten.

(„Derold“, Depeschen-Bureau.)

Böln, 9. Juni. Gestern morgen langte aus Aachen in Köln der von zwei Aachener Transporteuren begleitete U n a r c h i t z P r e h m a n n an. Er wird an die russische Grenze gebracht und dort der russischen Polizei überliefert. Was der Verhaftete verbrochen hat, war von den Transporteuren nicht zu ermitteln. Doch heißt es, daß er eine Zeit lang in Aachen in Untersuchungshaft gefesselt hat.

Triest, 9. Juni. In Udine fanden große anti-österreichische Demonstrationen statt. Die Demonstranten durchzogen die Straßen mit einer schwarzen Fahne mit der Aufschrift „Nieder mit Oesterreich!“ Der Bürgermeister hielt vom Balkon seiner Wohnung eine anti-österreichische Rede, auch das Militär beteiligte sich an dieser Kundgebung.

Innsbruck, 9. Juni. Bei einem hier beschäftigten italienischen Arbeiter wurde eine polizeiliche Hausdurchsuchung vorgenommen und zahlreiche revolutionäre Schriftstücke beschlagnahmt.

Frankfurt a. M., 9. Juni. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus New-York: Der Materialschaden, welchen durch den Austritt des Mississippi hervorgerufen worden ist, beträgt sich auf Millionen. Wichtige Bahnhöfe sind im Betriebe lahmgelegt.

Graz, 9. Juni. Als gestern im Stadttheater P a t t o t o s t h als Kean in Dumas gleichlautendem Schauspiel auftrat, wurde der bearbeitete Hujarenritmeister Madar von Willos im Barterre tobjüchtig und mußte nach der Beobachtungsstation gebracht werden.

Berlin, 9. Juni (Eigen. Drahtber.) Zu der Erkrankung des Wärters, der den verstorbenen Dr. Sachs in der Charite pflegte, wird heute berichtet, daß das Befinden desselben sich wesentlich gebessert hat. Das Fieber ist fast ganz geschwunden, die Körpertemperatur auf 37 Grad gesunken. Abgesehen von diesen äußeren Erfcheinungen haben die bakteriologischen Untersuchungen nach Kulturen einen Pestverdacht nicht bestätigt. Das starke Fieber, von dem der Kranke gestern befallen war, ist auf eine schwere Erkrankung zurückzuführen. Auch das Befinden der andern Isolierten läßt nichts zu wünschen übrig. Der ständige Ausschuh der Sachverständigen hält heute eine neue Versammlung im Reichs-gesundheitsamt ab.

Bereins-Kalender.

Anzeigen unter dieser Rubrik kosten pro Seite 5 Pf., die vorher zu bezahlen sind.

Magdeb. Radf.-Verein, Abt. „Einigkeit“, Wilhelmstadt. Jeden Mittwoch Zusammenkunft im „Luisenpark“.

Arbeiter-Gefangenenverein Budau. Umfände halber findet die Übungsstunde in dieser Woche am Donnerstag abend 8 1/2 Uhr im „Thalia“ statt.

Neue Neustädter Arbeiter-Gefangenenverein. Die nächste Übungsstunde findet am Sonnabend den 13. Juni statt.

Auf nach dem „Luisenpark“!

Unser bisheriger

Reichstagsabg. Wilhelm Pfannkuch

spricht am

Mittwoch abend

im

„Luisenpark“, Wilhelmstadt

über:

Das Volksgericht am 16. Juni.

Parteigenossen! Erscheint in großer Anzahl in dieser letzten großen Versammlung! Besucht nicht die Mittelstandsversammlung im „Wilhelmsgarten“. Gegnern ist Redefreiheit zugesichert. Frauen haben Zutritt! Agitiert in allen Werkstätten für unsere Versammlung!

3434

Das Wahlkomitee der Sozialdemokraten Magdeburgs.

Großer Posten Fahrräder

Neue diesjährige Modelle
mit Innenlüftung, Kollenkette u. feinstem Pneumatik usw.

Herren-Räder
Tourenmaschine, Halbrenner,
Preis **100 Mk.**

Damen-Räder
Damen- und Mädchen-Räder
Preis **110 Mark**

Für die Räder wird die übliche einjährige Garantie übernommen und verfahren sich die Preise komplett mit Glöde und Latex.

Gebrachte Räder
kosten 35-85 Mk.

Blodketten 54 Glieder lang
Stück 1.50 Mk.

Hand-Luftpumpen
Stück 0.90 Mk.

Citania-Pneumatik 3156
mit Garantie.
Sausdecken à 6 Mk.
Sattelschläuche à 4 Mk.
Bei Bereinsendung von 4.20 Mk. in Briefmarken sende ich die Schläuche franco. Man gebe an ob 28 x 1 1/2, 1 3/8, 1 1/2 oder 26 x 1 1/2, 1 3/8, 1 1/4, u.

Auf je eine neue Sausdecke oder Schlauch nehme ich eine alte Decke mit 1.00 Mk. oder einen alten Luftschlauch mit 0.75 Mk. in Zahlung.

A. Rose
Magdeburg
Breiteweg 264
Scharnhorstplatz.

Das Bureau
der Deutschen Kranken-Versicherungsgesellschaft (D. V. K.) zu Dresden befindet sich nicht mehr Straßburger Str. 7, sondern
Südlichhofstraße 4.
Hermann Grashoff
Kassenbeamter.

1 Bettstelle
1 Matratze mit Füll
1 Kleiderstank
1 Tisch
2 Stühle
Anzahlung 10.00
Abzahlung monatlich 1.00 Mk.

S. Osswald
Magdeburg
Alte Marktstr. 14
1 Etage.

Man fordere überall

Henkel's Bleich-Soda

Unübertroffenes Waschmittel.

Das Reichstagswahlrecht und seine Gegner.

Unter dem Gesichtspunkte der augenblicklichen Situation im Reiche und der nächsten Reichstagswahlen
Von Hermann Goldstein
Preis 15 Pfg.

Wir empfehlen dieses Büchlein jedem Genossen.
Buchhandlung Volksstimme.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie
bringt u. a. in Nr. 36 nachstehendes:
Franz Mehring, Zur Sozialkritik des Proletariats.
M. Beer, Der bürgerliche Sozialverein.
Lange, Die Lage des Selbstwärtigen.
Karl Kautsky, Das Kaiserthum von Kijew und die Judenfrage.
Ad. Braun, Die letzte Volkszählung im Deutschen Reiche.
Henriette Fürth, Der Sonderschulunterricht und die Erziehung.
Preis pro Nummer 25 Pfennig
einzeln zu haben in der

Buchhandlg. Volksstimme.

Nur 14 Tage in Magdeburg
Am Stern
Ecke Roou- und Augustastraße
Hugo Haase
umschlossene elektrische, konzentrische
Stufenbahn.
Eröffnung: Sonntag, 14. Juni.

Soeben beginnt zu erscheinen:
Meyers Sechste, gänzlich neu bearbeitete und verbesserte Auflage.
Grosses Konversations-Lexikon
Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens.
26 Bände in Halbleder gebunden zu je 10 Mark.
Prospecte und Probeblätter liefert jede Buchhandlung.
Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.
Bestellungen nimmt die Buchhandlung Volksstimme entgegen.

Herren
Orchester-Berein
Viktoria-Theater.
Mittwoch den 10. Juni 1903
Er und seine Schwester.
Donnerstag den 11. Juni 1903
Günther Albert Wagner
Die Siebenjäger.

Olvenstedt

Stadtverordneter **Wilhelm Haupt** - Magdeburg.
Spricht über:
„Die Reichstagswahl und unsere Gegner.“
Bürgermeister und Parteipolitiker! Escheint in dieser letzten hochwichtigen Versammlung. Keiner darf fehlen! Gegen
Das Wahlkomitee.

Breiteweg 189/190.

Ausstellung moderner Kunstfidereien

angefertigt mit der
Original Singer Nähmaschine
vom 6. bis 21. Juni, geöffnet von 10 bis 8 Uhr.
Eintritt unentgeltlich.

Wir erlauben uns zum Besuche dieser interessanten Ausstellung ergebenst einzuladen.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
3 8439 Magdeburg, Breiteweg 189/190.

Limburger Käse

pilant im Geschmack
sonst 60 Pfg., jetzt 45 Pfg. das Stück.
Georg Scarlett - bormalis -
L. W. Luder
Gr. Marktstraße, Ecke Stephansbrücke. 3458

Den schönsten Fuß

habenstrich erzielt man mit
Prange's Bernstein-Gollack mit Farbe.
Derselbe trodnet über Nacht steinhart auf, ohne nachzulieben, besitzt eine vorzügliche Deckkraft und ist an Glanz und Haltbarkeit unübertroffen. 2 Pfd. 1.50 Mk., 5 Pfd. 3.50 Mk., 10 Pfd. 6.80 Mk. inkl. Packung, ansgewogen 1 Pfd. 65 Pfg., bei 10 Pfd. 60 Pfg. 2800
Erwin Prange's Lackfarben-Fabrik
en gros Berlinerstr. 23/24. en détail.

Städtische Arbeitsnachweisstelle
Magdeburg
unentgeltlich
Kostenlose Vermittlung von männlichen und weiblichen Arbeitstüchtigen, sowie feinerem Personal nach hier und auswärts.
Fernsprechanruf: Rathaus Nr. 2150-2155.
Geöffnet:
Männliche Abteilung: 8-12 Uhr vorm. und 3-6 Uhr nachm.
Weibliche 10-1 4-7

Gewerkschafts-Sekretariat Magdeburg.
Große Münzstraße 1a.
Kostenlose Anstunft mittags von 12-1, abends von 5-7 Uhr
organisierte Arbeiter in gewerkschaftlichen Streitigkeiten, Alters- und Krankenversicherung, Gewerbeaufsicht, Vereins- und Versammlungsrecht sowie Arbeiterschutz. Vermittlung von Streitigkeiten an den Gewerbe-Inspektor. - Verbandsbuch legitimiert.

Bebel • Liebknecht
Zwei vorzügliche Porträts
.. in Eichenholzrahmen ..
Schönster Schmuck jedes Arbeiterheims.
Preis für beide Bilder 9 Mk.
Die Bilder stehen zu jedermanns Ansicht aus in der
Buchhandlung Volksstimme
Jakobstraße 49.
Bestellt werden auch Bestellungen angenommen.

Kaufe alte und junge Kanarienvögel weibchen fortwährend. 3
J. Tischler, Annastraße 2
Kaufe fortwährend junge und Kanarienvögel u. alte Gänse
A. Pilschka, Margaretenstr. 2
Nähmaschine g. näh. u. G. f. 18 Mk. 3.
bei **Körner, Bahnhofsstraße**

Was muss man
von der
Obstbaumzucht
wissen?
Von Paul Puttkammer.
- Preis 1 Mark. -
Zu haben in der
Buchhandlung Volksstimme

Rüchgenettel
der Magdeburger Volkshaus
Gauptstraße 5.
Mittwoch: Bierlingstoft mit Rindfleisch.
Donnerstag: Weiße Bohnen mit Schweinefleisch.
Freitag: Kartoffelbrei mit Leber.
Sonntag: Reisuppe mit Rindfleisch.

Junger Zigarrenmacher
tüchtiger Arbeiter machen kann, soferber auch Widel machen kann, sofergekauft Langerhütte, Poststr. 3
D. Pers., w. Sonntag i. Luisenpark u. d. Berand. irr. e. Herr. -Regenstirn u. e. Tisch mitg. w. er. d. i. Luisenpark abg.

Arb. - Radfahrer - Bund
„Solidarität“
Sitz: Frankfurt a. M., Geschäftsleiter **H. Sachs**, Schleusenstr. 1
Ca. 600 Vereine und Einzelsfahrer mit 12000 Mitgliedern.
Einschreibebest 60 Pf.
Monatlicher Beitrag 20 Pf.
Leistungen an die Mitglieder:
Das offizielle Organ: „Der Arbeiter-Radfahrer“ (monatlich zweimal erscheinen).
Unfallversicherung bei allen Unfällen (ausgenommen Rennen und Trainieren) von 1 Mk. täglich, auf Sonntag, 13 Wochen lang.
Vollständige Ueberweisung der öffentlichen, schweizer, französischen und belgischen Grenze mit Fahrkarten.
Kostenlose Lieferung von Radfahrern-Begeisterung an die Vereine usw.
Gef. Anfragen wolte man da, wo kein Verein am Ort ist, direkt an obige Adressen richten.

Donnerstag den 11. Juni 1903
abends 8 Uhr

Volksversammlung

im Hirschfeldtschen Lokale
Stadtverordneter **Wilhelm Haupt** - Magdeburg.
Spricht über:
„Die Reichstagswahl und unsere Gegner.“
Bürgermeister und Parteipolitiker! Escheint in dieser letzten hochwichtigen Versammlung. Keiner darf fehlen! Gegen
Das Wahlkomitee.